Nr. 10 * Ausgabe B Nr. 5
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 10

Abend-Ausgabe

Freitag, 7. Januar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

England und die oberschlesische Frage.

„Noch keine endgültige Regelung."

Die Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens Wohnhaften. — Die Tragweite des Abstimmungsergebnisses für die Entscheidung der Wiedergutmachungsfrage.

London, 7. Januar. (E. E.)

In einer heute veröffentlichten Erklärung des Reuter-Bureaus heißt es: Die offiziellen englischen Kreise vermögen nicht einzusehen, warum die französische Presse wegen der angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung Kommentare wie die letzten veröffentlicht. Die englische Regierung ist vollkommen davon überzeugt, daß man gelegentlich der nächsten Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten zu der Einsicht kommen werde, daß über alle wesentlichen Punkte vollkommenes Einverständnis herrsche. England vermag auch nicht einzusehen, daß schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Fragen entstehen sollten. In diesem Augenblick besitzt man noch keinerlei Details bezüglich der nächsten Konferenz der Ministerpräsidenten. Doch ist man der Ansicht, daß, falls die Brüsseler Finanzkonferenz ihre Arbeit am 17. Januar aufnehmen würde, die Entschädigungsfrage wahrscheinlich noch keinen genügenden Fortschritt gemacht haben wird, um den Gegenstand einer endgültigen Entscheidung auf der Pariser Konferenz zu bilden. Die Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien wurde nicht vertagt, obwohl die **Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens Wohnenden noch nicht geklärt ist.** (Eine Wolff-Meldung aus Paris gibt eine gleichlautende Information des Londoner Korrespondenten des „Petit Parisien" wieder. Die Red.) **Der Besitz irgendeines Teiles von Oberschlesien wird nicht notwendigerweise jenem Teil zufallen, der die Mehrheit der Stimmen gelegentlich der allgemeinen Abstimmung haben wird. Diese ganze Frage bleibt noch einer endgültigen Regelung vorbehalten.** Wenn die Volksabstimmung sofort stattfinden würde, müßte man dennoch drei Monate warten, bis das Ergebnis festgestellt sei. Infolgedessen sehe man in England nicht ein wie die Frage der Entschädigung sich in einer mehr oder weniger abschließenden Form bei der Pariser Konferenz darstellen könne.

Das „Echo de Paris" erklärt hierzu, daß im vorstehenden Reuter-Kommentar manches dunkel sei, da man die Frage der Abstimmung in Oberschlesien mit der Entschädigungsfrage verknüpfen wolle. In dem Augenblick, wo eine Frist von drei Monaten zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses nötig sei, während andererseits die Abstimmung selbst für den Monat März angesetzt werden soll, sei es unmöglich, das Ergebnis dieser Volksabstimmung bei der Festsetzung der Entschädigungssumme zu berücksichtigen, da die Höhe der von Deutschland zu leistenden Zahlungen von der Wiedergutmachungskommission bis zum 1. Mai 1921 festgesetzt werden soll.

Rom, 7. Januar.

Die „Epoca" bemerkt zur Pariser Konferenz: „In der deutschen Frage gehen wir mit England, in der Orientfrage mit Frankreich zusammen. Die Lage ist also überaus verwickelt und wird noch mehr erschwert durch die Versuche, Karl von Habsburg auf den ungarischen Thron zu setzen."

Weiter meldet das Blatt, falls sich keine Abhaltung infolge wichtiger innerpolitischer Ereignisse ergebe werde Giolitti an der Pariser Konferenz teilnehmen.

Paris, 7. Januar.

Zum „Echo de Paris" bezeichnet Pertinax als wichtigste Aufgaben der Konferenz die Festsetzung des Grundsatzes der Zwangsmaßregeln, die automatisch zur Anwendung kommen sollen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht voll erfüllt sowie die Verständigung unter den Alliierten über die deutsche Schuldsumme. Nach meinen Informationen hat dies Verlangen wenig Aussicht auf Verwirklichung, jedenfalls nicht in der von Pertinax gewünschten Form.

Nach dem Londoner Korrespondenten des „Temps" hat Lloyd George die Absicht, außer der Entwaffnungsfrage auf der Pariser Konferenz noch andere Angelegenheiten zu besprechen. Die Wiedergutmachung und die griechische Politik wurden als Gegenstände der Beratung bereits genannt. Neu ist aber, daß auch über den vom Board of Trade ausgearbeiteten Plan zur Einrichtung internationaler Kredite gesprochen werden soll.

*

Dem Kommentar des „Echo de Paris" zu der unverkennbar offiziösen Reuter-Note möchten wir uns vor allem in bezug auf die Worte anschließen, die besagen, daß die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nicht von dem zahlenmäßig festzulegenden Abstimmungsergebnis allein abhängig gemacht werden soll. In der Tat, dunkel ist der Rede Sinn ... Oder sind diese Worte eine Bestätigung der von uns schon geäußerten Ansicht, daß nach der Abstimmung England und andere Ententemächte eine „Kontrolle" über die oberschlesische Grubenindustrie behalten wollen? Jedenfalls scheint soviel jetzt schon festzustehen, daß England sich von der Tragweite der oberschlesischen Frage im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsproblem überzeugt hat und zunächst einmal Zeit gewinnen will. Eine Bestätigung hierfür ergibt sich aus der nachfolgend wiedergegebenen Meldung über eine belgische Enquete in Oberschlesien.

Ein belgisches Gutachten über Oberschlesien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 7. Januar.

Der Chefredakteur der „Indépendance Belge" und Leiter des Solvay-Instituts Barnas ist von der Wiedergutmachungskommission zur Abfassung eines Berichtes über den Zusammenhang Oberschlesiens mit Deutschland und mit Polen beauftragt worden, und daran anschließend mit der Abfassung eines Gutachtens darüber, ob die Trennung Oberschlesiens für Deutschland die Wiedergutmachungsleistung unmöglich machen würde. Der Bericht soll bereits für die Sachverständigenkonferenz in Brüssel vorliegen.

Die Brüsseler Konferenz schon am 15. Januar.

Nach den letzten Mitteilungen findet die Wiederaufnahme der Brüsseler Konferenz am 15. Januar statt.

Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen im Ausgleichsverfahren.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 7. Januar.

Bei den Verhandlungen mit den Ententevertretern der Ausgleichsbureaus hat gestern Deutschlands Vertreter erklärt, daß die im Dezember rückständig gebliebenen Summen vor dem 15. Januar bezahlt sein würden.

Paris, 7. Januar (E. E.)

Gestern kamen hier die deutschen Vertreter mit den Direktoren der Ausgleichsbureaus zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Vertreten waren: Frankreich, England, Italien, Belgien, Griechenland und Siam. Bekanntlich hatte die deutsche Regierung sich in letzter Zeit geweigert, jene Beträge zu zahlen, die alliierten Staatsangehörigen für solche Güter zu leisten waren, die während des Krieges beschlagnahmt wurden. Der deutsche Finanzminister Dr. Wirth hatte kürzlich in einer Reichstagsrede anerkannt, daß die von Frankreich auf die Kohlenlieferungen geleisteten Vorschüsse zum Teil für die Zahlung dieser Entschädigung Verwendung finden. In der letzten Zeit hatten nun diese Zahlungen eine Unterbrechung erfahren. Gestern erklärten die deutschen Vertreter, daß Deutschland diese Zahlungen noch vor dem 15. Januar wieder aufnehmen werde.

Beginn der Bamberger Finanzkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 7. Januar.

Die Bamberger Finanzkonferenz hielt heute ihre erste Sitzung ab. Sie beschäftigte sich mit der Frage der Reichsüberweisungen aus den Steuererträgnissen an die einzelnen Länder.

Angebliche Pläne der russischen Gegenrevolutionäre.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

g. Kopenhagen, 7. Januar.

Nach einer Meldung aus Helsingfors soll von Russen in Berlin an einem Plan zur Bildung einer „internationalen Armee" gegen die Sowjetregierung gearbeitet werden. Das Gelingen des Unternehmens erhoffe man für das nächste Jahr. An der Spitze der Arbeiten stehe General Hofmann, der unterstützt werde von russischen Politikern aus den Kreisen der Kadettenpartei, vor allem dem früheren Herausgeber des „Retsch", Hessen, und dem früheren Dumamitglied Nabokow. Doch wird in der Meldung hinzugefügt, daß die in Paris versammelte Kadettengruppe dem Vorhaben feindlich gegenüberstehe. So habe Miljukow sich bestimmt gegen die Berline Pläne ausgesprochen.

Deutsch-Oesterreichs trostlose Finanzlage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 7. Januar.

Der Bundeskanzler Dr. Mayr hat in den letzten Tagen bei den Vertretern der Ententemächte vorgesprochen, um ihnen die finanzielle Lage Deutsch-Oesterreichs, die sich immer kritischer gestaltet, auseinanderzusetzen. Er führte aus, die Staatsausgaben haben sich in der letzten Zeit derartig gesteigert, daß mit einem Zusammenbruch der Staatswirtschaft in allerkürzester Zeit gerechnet werden muß, wenn nicht bald ausländische Kredite gewährt werden. Nur diese können die Produktion Oesterreichs beleben und die noch vorhandenen Wirtschaftsgüter vor der Zerrüttung bewahren. Die Vertreter der Ententemächte zeigten für diese Darlegungen Verständnis und versprachen, ihre Regierung darüber informieren zu wollen.

Englische Kreditpläne.

Wie das „Petit Journal" aus London meldet, beschäftigt man sich dort allgemein mit der Frage von Kreditbeihilfen für verschiedene europäische Staaten zur Wiederbelebung der Handelsbeziehungen mit Großbritannien. Die Regierung sei geneigt, eine finanzielle Hilfe bis zur Höhe von 13 Millionen Pfund Sterling für diesen Zweck zu gewähren. Eine Gesellschaft, bestehend aus Vertretern von großen Bankhäusern und Versicherungsgesellschaften, ist in Gründung begriffen, die über ein Kapital von 100 Millionen Pfund Sterling verfügt.

Wilsons Abschiedsbotschaft.

Das kommende Kabinett Hardings. — Das geplante Einwanderungsverbot.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Friedrich Glaser.

New-York, Ende Dezember.

Kurz nach Zusammentritt des Kongresses in der zweiten Woche dieses Monats hat sich W. G. Harding vom Senat verabschiedet, dem er während der letzten Jahre angehört hat. In seiner Ansprache wies Harding auf die bedeutsame Rolle hin, welche der Mitarbeit des Senats bei der Verwirklichung der politischen Pläne des jeweiligen Präsidenten zufalle. Nicht in der Kapitulation einer Seite, sondern in dem Zusammenwirken aller Zweige der Staatsgewalt verwirkliche sich der Gedanke einer großen und wahrhaft repräsentativen Volksregierung. Die Idee der Gewaltenteilung, auf welche sich die amerikanische Verfassung gründet, hat sich während der Amtsführung des gegenwärtigen Präsidenten allerdings weniger in Zusammenarbeit der drei Faktoren von Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung geäußert als in der Diktatur Wilsons über den Kongreß, während die Rechtsprechung ihre eigenen Wege schritt. Harding dagegen scheint wieder zu den Grundgedanken des nordamerikanischen Konstitutionalismus zurückkehren zu wollen.

Viel mehr als dies ist bis jetzt über das Regierungsprogramm des künftigen republikanischen Präsidenten noch nicht bekannt geworden. Was das kommende Kabinett Hardings anlangt so sind für die einzelnen Posten sehr viele Namen genannt aber noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden. Für den Posten des Staatssekretärs ist neben Philander Knox in letzter Zeit auch David Jayne Hill, der frühere Botschafter in Berlin, erwähnt worden Ob aber die Ansichten dieses Diplomaten größer sind als die von Charles Evans Hughes oder Senator Lodge, weiß niemand mit Sicherheit zu behaupten. Mehr als über die künftigen Persönlichkeiten des republikanischen Kabinetts ist auch nicht über die ersten Maßnahmen der neuen Administration zu sagen. Der Anfang März zusammentretende Kongreß wird sich aller Voraussicht nach zunächst mit der Völkerbund- und der Zolltarifrage befassen Wie Hardings politische und wirtschaftspolitische Pläne im einzelnen aussehen werden, darüber zerbricht man sich zur Stunde noch die Köpfe.

So hat sich in Erwartung des Kommenden das Hauptinteresse einstweilen auf die Abschiedsbotschaft Wilsons gerichtet. Wilson, der während seiner Amtsführung als Präsident bekanntlich so manche Neuerung eingeführt hat, hat noch kurz vor Ablauf seiner Amtszeit den allem Herkommen widersprechenden Fall geschaffen, daß er seinen republikanischen Gegner nicht zu seiner Erwählung zum künftigen Präsidenten beglückwünschte. Man hat in der Unterlassung dieser üblichen Beglückwünschung einen neuen Ausdruck der Tatsache gesehen, daß Wilson die Niederlage, die sein Völkerbundsgedanke in den Wahlen erlitten hat, nicht verwinden kann. Auch in seiner Botschaft zur Eröffnung der Kongreßsession kommt dies dadurch zum Ausdruck, daß der Völkerbund und alles, was mit ihm zusammenhängt, überhaupt mit keiner Silbe erwähnt wird. Nur in der etwas melancholisch klingenden Anführung der Worte Lincolns: „Laßt uns das Vertrauen haben, daß Recht Macht ist, und laßt uns in diesem Vertrauen den Mut finden, unsere Pflicht zu erfüllen, wie wir sie verstehen", könnte man einen Versuch der Rechtfertigung der Wilsonschen Politik der letzten Jahre finden. Wenn aber Herr Wilson weiter meint, daß die alte Welt gegenwärtig unter der willkürlichen Verwerfung des demokratischen Prinzips leide, an dessen Stelle der Grundsatz der Autokratie getreten sei, der im Namen, aber ohne Vollmacht und Zustimmung der Massen betätigt werde, so darf man ihn daran erinnern, daß auch seine Politik seit dem Tage, da er unter dem Ruf: „Er hielt uns dem Kriege fern" zum Präsidenten gewählt worden war, an dem nämlichen Gebrechen gelitten hat, an dem seiner Meinung nach heute die Welt leidet.

Die Ehrlicheren unter den einstigen Anhängern des Präsidenten beginnen dies jetzt auch einzugestehen — eingestehen haben sie es schon lange zuvor. So erscheinen jetzt in der „New Republic" Artikel, in denen die Herausgeber dieser Zeitschrift ihre Haltung während des Krieges zu rechtfertigen suchen. Man habe sich in der Unabhängigkeit und Einsicht des amerikanischen Volkes getäuscht, so heißt es hier, man habe geglaubt, daß die Wogen des Kriegstaumels hier niemals so hoch gehen könnten, daß alle Unbefangenheit des Urteils in ihnen Schiffbruch leiden würde. Diese Einsicht ist erfreulich, auch wenn sie spät kommt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie in einer späteren Zukunft auch ihre politischen Früchte tragen wird. Augenblicklich aber gibt es in den Vereinigten Staaten nur sehr wenig Leute, die sich für die Schuldbekenntnisse derer interessieren, die jetzt, da sich langsam eine neue fortschrittliche Partei im politischen Leben Amerikas zu bilden scheint, auch ihren Liberalismus wieder rechtfertigen wollen.

Denn die Geschäftswelt ist vor allem mit der sich mehr und mehr geltend machenden wirtschaftlichen Depression beschäftigt, und den Politikern graut es vor der Vergiftung der Massen Amerikas mit europäischen Ideen. So kommt es, daß man sich mit den Rückblicken und Mahnungen der präsidentiellen Botschaft weit weniger beschäftigt als mit den dringlicheren Problemen der Fernhaltung der europäischen Einwanderung während der nächsten Jahre und dem Problem langfristiger Kreditgewährung an fremde Länder während der kommenden Jahre, um auf diese Weise dem amerikanischen Außenhandel eine sichere Basis zu gewähren. Mit dem letzteren Problem beschäftigt sich augenblicklich eine Versammlung amerikanischer Finanzleute in Chicago, während die Einwanderungsfrage bereits von einem Ausschuß des Kongresses in Angriff genommen wurde.

Die Eile, mit der die Ausarbeitung eines Einwanderungsverbots betrieben wird, erklärt sich dadurch, daß sich die Wünsche der amerikanischen Arbeiterschaft, oder wenigstens der großen Mehrheit derselben, mit denen der Unternehmer in der Forderung eines einstweiligen Ausschlusses der Einwanderung zusammenfinden. Ausschluß oder wenigstens Beschränkung der Einwanderung war von jeher die Lieblingsleckspeise, welche die „American Federation of Labor" der Arbeiterschaft vorsetzte. Kommen weniger Arbeiter in das Land, setzte man Gewerkschaftsmitgliedern auseinander, so gibt es weniger Angebot von Arbeit und weniger Streikbrecher. Dieses Argument, das bei einer oberflächlichen Betrachtung ganz plausibel klingt, erfreut sich bei der amerikanischen Arbeiterschaft einer großen Beliebtheit, und heute, in einer Zeit der Stillegung der Betriebe, ist dies mehr als je der Fall. Bei den Unternehmern jedoch sind es weit mehr politische als wirtschaftliche Beweggründe, die sie zur Forderung dieser Einwanderungsbeschränkungen veranlassen. In einer Zeit der abnehmenden Konjunktur fühlt man sich den Lohnforderungen der einheimischen Arbeiterschaft auch ohne Inanspruchnahme des Angebots von frisch eingewanderter Arbeit gewachsen. Der Hauptgrund aber, weswegen man eine Masseneinwanderung aus Europa verboten zu sehen wünscht, ist die Angst vor dem Sozialismus.

Die Wahlen haben zwar aufs neue erwiesen, daß der Sozialismus in seiner heutigen Form in Amerika überhaupt keine Gefahr bildet, vor der sich das amerikanische Unternehmertum besonders zu fürchten braucht. Indessen traut man dem heutigen europäischen Arbeiter in Amerika nicht und fürchtet, daß er, wenn er in Massen hier herüber käme, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die heute schon nicht mehr unbedingt ihren Führern folgt, noch weiter zerfetzen könnte. Aus diesen Gründen finden sich die Wünsche der Gewerkschaftsführer mit denen der Unternehmer zusammen, und eine merkliche Unterbindung des Einwandererzustroms wird, wie immer auch die vom Kongreß zu beschließenden Maßnahmen schließlich ausfallen mögen, in jedem Falle erfolgen. Aber es bleibt doch beachtenswert, daß diese von allen Rücksichten unbefangene Lösung amerikanischer Probleme vom amerikanischen Standpunkt aus gerade in dem Augenblick in Angriff genommen wird, da die letzten Worte der einst so begeistert aufgenommenen Wilsonschen Phraseologie in der Abschiedsbotschaft des Präsidenten, man darf sagen fast unbeachtet, verhallen.

Italien gegen Frankreichs Gewaltpolitik.

Das Urteil eines italienischen Generals.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 7. Januar.

General R. Benevénga unterzieht heute früh im „Tempo" die deutsche Abrüstungsfrage einer eingehenden Betrachtung. „Nur barer Wahnsinn konnte eine solche Forderung suggerieren. Hätte Deutschland sämtliche Gebote des Versailler Vertrages erfüllt, so wäre Europa heute der kommunistischen Revolution verfallen. Statt dessen hat Deutschland die Welt vor dem Bolschewismus gerettet; zumal Bayern und Ostpreußen, die der größten Gefahr ausgesetzt sind, kann man keine Vorwürfe machen. Die Wahrheit ist, daß **Frankreich das Erstarken Deutschlands** fühlt und ahnt, daß Deutschland über die Waffen des Geistes verfügt. Frankreich fühlt aber auch, daß es selbst eine Periode des Niedergangs durchmacht. Daher seine Absicht, Deutschland den Garaus zu machen. Jeder Vorwand ist ihm hierzu recht. Der erste Schritt auf dem Wege nach Berlin ist die Besetzung des Ruhrgebiets. Aber die Verbündeten, die Frankreichs Mitschuldige bei der Auferlegung des Versailler Vertrages waren, werden Frankreich nicht folgen."

Von gutinformierter Seite wird mir bestätigt, daß Italien auf der Pariser Konferenz tatsächlich seinen ganzen Einfluß zur Bekämpfung der französischen Vorsätze aufbieten werde.

*

Washington, 7. Januar. (E. E.)

Dem Staatsdepartement ist eine Mitteilung der französischen Regierung zugekommen, in der es heißt, daß Deutschland gewisse Vertragsbestimmungen nicht erfüllt habe. Das Staatsdepartement hat andererseits erfahren, daß Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes und die Zurückbehaltung der rheinischen Provinzen plane. Amerika würde eine derartige Aktion mit wahrer Unruhe betrachten. Die Erklärung André Tardieus, daß der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen die Ratifizierung des englisch-französisch-amerikanischen Bündnisses die Haltung Frankreichs im Falle weiterer Besetzung deutschen Gebietes rechtfertigen würde, hat den Präsidenten Wilson überrascht. **Das Staatsdepartement erklärt, der Absicht durchaus unsympathisch gegenüberzustehen, daß Deutschland zu bestrafen sei,** falls es sich zeige, daß es eine Bestimmung des Friedensvertrages nicht durchführen könne. **Dem Staatsdepartement sei der Nachweis erbracht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine gewisse Anzahl von Bestimmungen des Friedensvertrages durchzuführen.**

Landung serbischer Legionäre auf Arbe.

Neue italienisch-jugoslawische Komplikationen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 7. Januar.

Auf der Insel Arbe vor Fiume landeten serbische irreguläre Truppen. Die hierüber eingehenden Berichte machen in Rom böses Blut. Die Regierung erwartet, daß Serbien die Freiwilligen zurückrufe, andernfalls sei die Ratifizierung des Rapallovertrages unmöglich.

Einer Triester Depesche der „Tribuna" zufolge befand sich unter den aus D'Annunzios Kassenschrank geraubten Dokumenten auch ein Briefwechsel mit Lenin und dem Kroatenführer Raditsch. An Geld enthielt der Kassenschrank eine ganze Anzahl von Millionen, da D'Annunzio von Vertretern der italienischen Schwerindustrie erst neulich dreizehn Millionen als Preis für ungehinderte Schiffahrt erhalten habe, wovon er allerdings einen Teil an den Gemeinderat von Fiume abgegeben habe. D'Annunzio habe beabsichtigt, mit einem Teil des Geldes in Kroatien einen Putsch der Raditsch-Partei hervorzurufen, was aber durch das rasche Eingreifen des Generals Caviglia vereitelt worden sei. D'Annunzio habe auch schon mit anderen „Kriegskassen" ähnliches Pech gehabt. (Die Mitteilungen des römischen Blattes können nur mit Vorbehalt aufgenommen werden. Gerüchte über die angebliche Fühlungnahme zwischen D'Annunzio und Lenin und über eine Förderung der Umtriebe der Bauernpartei Raditschs in Jugoslawien durch das Kommando von Fiume sind seit geraumer Zeit schon im Umlauf. Irgendwelche beweiskräftigen Anhaltspunkte für diese Ausstreuungen haben sich bisher aber noch nicht ergeben. Man wird auch jetzt füglich bezweifeln dürfen, daß zuverlässige Angaben über den Inhalt des ausgeraubten Kassenschranks vorliegen. Die Redaktion.)

Die Rückgabe der kleinen Vermögen durch England.

Das neue deutsch-englische Abkommen.

Wie wir bereits auf Grund Londoner Meldungen gemeldet haben, ist am 31. Dezember 1920 in London ein Abkommen zur Regelung der Fragen, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages über die Liquidation von Privateigentum ergeben, unterzeichnet worden.

Die ersten Artikel des Abkommens behandeln die Rückgabe des in Deutschland von außerordentlichen Kriegsmaßnahmen betroffenen englischen Vermögens und regeln des näheren die technische Durchführung des Verfahrens. Für die deutsche Oeffentlichkeit sind vor allem die weiteren Bestimmungen von Interesse, die sich mit der Freigabe des deutschen Eigentums in England befassen. Danach werden auf den Antrag des für die Regelung der privaten Güter, Rechte und Interessen in London eingerichteten deutschen Bureaus seitens der britischen Regierung Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Familienandenken und Handwerkszeug deutscher Staatsangehöriger mit Ausnahme von Gegenständen von besonderem Wert **bis zum Betrage von 500 Pfund** (zugüglich des Betrages der Lasten für Erhaltung und Versicherung seit dem 4. August 1914 bis zum Tage der Freigabe) freigegeben, sofern die zuständige deutsche Behörde bescheinigt, daß das **Einkommen des Antragstellers den Betrag von 400 Pfund** nach dem jeweiligen Wechselkurse nicht übersteigt. Der Wert des Eigentums soll, sofern nichts anderes vereinbart wird, von einem amtlichen Schätzer festgestellt werden. Freigabeanträge müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Ratifikation des Abkommens gestellt werden. Eine weitere Bestimmung besagt, daß deutsche Staatsangehörige grundsätzlich auf Antrag zum Mitbieten bei der Versteigerung ihres Eigentums zugelassen werden sollen. Das freigelassene Eigentum wird dem Eigentümer oder dem deutschen Bureau zur Verfügung gestellt, sobald alle von den britischen Behörden verauslagten Kosten und sonstigen Lasten, die auf dem Eigentum beruhen, bezahlt sind, auch wenn diese Schulden an sich in die Ausgleichsverfahren gehörten.

Das britische Ausgleichsamt hat dem deutschen Bureau in London ferner Ueberschriften über die Ergebnisse der Liquidationen deutscher Güter, Rechte und Interessen in dem Vereinigten Königreich zu liefern. Die vorhandenen Geschäftsbücher werden, soweit sie nicht auf den Erwerber des liquidierten Geschäfts übergegangen sind, aufbewahrt und später den deutschen Behörden übergeben. In der Zwischenzeit kann sie der frühere deutsche Eigentümer einsehen, auch wird seitens der britischen Regierung darauf hingewirkt werden, daß die Einsicht bei dem etwaigen Erwerber der Bücher ermöglicht wird.

Das britische Ausgleichsamt wird, soweit es dazu in der Lage ist, auf Antrag des deutschen Bureaus in London in Einzelfällen summarische Aufstellungen über die Ergebnisse von Versteigerungen und über das beim britischen Custodian registrierte deutsche Eigentum liefern.

Das Abkommen, das mit seiner Ratifikation in Kraft tritt, wird, wie wir hören, den gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Lärmszenen im sächsischen Landtag.

Demonstrationen der Erwerbslosen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

h. Dresden, 7. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Landtags kam es zu Lärmszenen, wie sie der Landtag noch nicht erlebt hat. Schon seit mehreren Tagen waren Erwerbslosenkundgebungen angekündigt, die mit Demonstrationszügen zum Landtagsgebäude enden sollten. Infolgedessen hatte die Polizei, gewitzigt durch allerlei trübe Erfahrungen, das Gebäude gesichert. Das hatte weder den Erwerbslosen außerhalb des Hauses noch den Kommunisten innerhalb des Landtages. Diese stellten den Antrag, daß ihre eigenen Anträge über die Erwerbslosenunterstützung sofort zur Verhandlung kommen sollten, obwohl ihre Beratung für nächsten Dienstag bereits beschlossen worden war. Der Landtag lehnte aber diese Forderung ab, ebenso die weitere Forderung, daß er eine Abordnung der Erwerbslosen, die ins Ständehaus gekommen war, anhören solle. Nachdem schon vorher fortwährend die Tribüne sich an den Debatten beteiligt und mehr als unparlamentarische Zwischenrufe gemacht hatte, erhob sich nun ein wahrer Hexensabbat. Es hagelte Schimpfworte, Pfuirufe und alle möglichen unparlamentarischen Ausdrücke. Ein Radau ohnegleichen wurde inszeniert. Vergebens bemühte sich der Präsident, die Ruhe wieder herzustellen. Er war vollständig machtlos. Darauf erklärte er, daß die Sitzung unterbrochen und im Sitzungssaal der früheren ersten Kammer, wo man nicht mehr unter dem Terror der Tribüne stehe, fortgesetzt werden solle. Neuer Radau war die Antwort. Die Abgeordneten verließen den Saal und schließlich zogen auch die Tribünenbesucher ab. Nach etwa dreiviertelstündiger Pause konnte die Sitzung wieder eröffnet und ohne weitere Zwischenrufe zu Ende geführt werden.

Leipzig, 7. Januar.

Wie in anderen sächsischen Städten fanden gestern vormittag auch in Leipzig Erwerbslosenversammlungen statt, die von kommunistischer Seite einberufen waren. Von den Versammlungslokalen aus zogen die Teilnehmer in einem großen Demonstrationszug durch die Stadt. Im neuen Rathaus wurde eine Abordnung der Erwerbslosen von Oberbürgermeister Rothe und Stadtrat Bluth empfangen. Diese gaben die Versicherung ab, daß man die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen auf Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage anerkenne und in diesem Sinne das Arbeitsministerium telegraphisch bitten wolle, die berechtigten Forderungen zu bewilligen. Die Demonstration verlief dann durchaus ruhig.

* Ein **Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schmutz und Schund in Literatur und Kunst** ist, wie wir hören, im Reichsministerium ausgearbeitet worden und wird demnächst dem Reichsrat zugehen.

* Der Münchener Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung jede **Feier des 18. Januar** mit zwölf sozialistischen gegen zehn bürgerlichen Stimmen abgelehnt.

Rio.

Von [Nachdruck verboten.]

Reinhard Woer.

„Haben Sie schon den schlafenden Riesen gesehen?" fragten sich die Passagiere untereinander, als wir an Brasiliens Bergküste auf Rio zufuhren. Fern südlich war seine Silhouette gegen den Himmel gezeichnet: ein großer, wuchtiger Cäsarenkopf mit abfallender Stirn und gewaltiger Hakennase, ein etwas ungestalter, gebückterer Leib, Beine, die weit ins Land hineinliegen. Die Nase dieses Kolosses aber ist der Gipfel des Corcovado, der den fernhin sichtbaren südlichen Eingangspfeiler der Bucht von Rio bildet, Wegweiser im Atlantik: „Hier geht's zur Stadt des Lichts!"

Es war, als würde eine ungeheure großartige Theatermaschinerie in Aktion gesetzt: Berge traten vor uns zurück, mit stummem Pathos ihre urweltliche Massivität dem Blick enthüllend, schlossen dort ein Felsentor, öffneten hier Ausschau in eine Bucht. Jetzt umgischtete die Flut eine graufteinige Verlassenheit, dann klang die Sanftheit einer stillen Wasserenge auf, friedlich wie ein Binnensee, ein vergessener Hafen, geröll- und sandgerandet; über den Ufern eines blauseumkosten seligen Bimini hingen Palmenwaldteppiche, abgeglitten von der Schroffheit steiler brauner Wände, die drohend über behüteter Schönheit standen. Noch höher hinauf Zacken, Türme, aufgeworfene Steingewaltsamkeiten, schwarz, kupfern und messingfarben, deren letzte Wildheit und Maßlosigkeit aufgereihte Wolkenzüge verhüllten. Das schob sich vor- und in- und neben- und übereinander wie eine Parsivalwandeldekoration von einem über alle Vorstellungen gigantischen Ausmaß. Bis auf ein Zeichen des Theatermeisters ein kleines helles Fort sich wie ein Schildkrötenrücken aus grünlichen Wassern hob. Da trat links ein ungeheurer Felskegel wie ein finsterer Wächter vor die Front der Genossen, und für eine Minute rückten die Wände zu beiden Seiten dichter zusammen, um dann auseinanderweichend in glorreicher Apotheose das letzte Bild zu enthüllen: den Segen einer südlichen Bucht, mit Urwald und Gärten umlegt. Hänge, Felsen, Hochgebirge bis in die fernsten Wolkenhorizonte darüber geordnet, am Wasser entlang aber weiß aufgereiht Haus um Haus, Villa um Villa, Palast um Palast: die Stadt, die von allen ihren Schwestern auf Erden die schönste sein soll und wohl auch ist: Rio de Janeiro.

Es hatte eine Typhusfall im Zwischendeck gegeben, deshalb durften wir zunächst nicht anlegen. Man schaute sich zwei Stunden lang die Augen durch das Fernglas müde, bewunderte die Alleen und Avenuen, staunte den seinem Namen Ehre machenden Berg „Zuckerhut" an, sah die Schwebebahn von seiner steilen Höhe herunterspannt, deren Wagen prahlerisch durch eine unglaubliche Leere glitten, und entschloß sich schließlich, resigniert, schönheitsstumpf und schauensmatt, zu einer Partie Shuffleboard. Die Abenddämmerung war da, als man endlich an Land kam. Man schimpfte über die Verzögerung und tat, was jeder Fremde in jeder Hafenstadt tut: nahm sich ein Auto und fuhr los. Dann aber mußte man sich die Augen wieder blank reiben und alle Sinne schärfen für die abendliche Stadt, die einen mit kochendem Leben und mit Strömen von Licht überfiel.

Avenida Rio Branco hieß die Straße. Es war der Vorabend der Ankunft des belgischen Königspaares, dessen Schiff, den brasilianischen Panzer „Sao Paulo", wir zwei Tage vorher im Atlantik überholt hatten. Infolgedessen allerlei Begrüßungstransparente, Vorbereitungen für festliche Beleuchtung und gesteigerter Verkehr in den Hauptstraßen. Aber auch wenn man einen guten Teil der unerhörten elektrischen Lebendigkeit der Stadt auf das Konto dieses Königsbesuches setzte, was blieb, war immer noch imponierend genug. Die Autos fuhren nicht, rollten nicht, sie standen gedrängt in sechs, sieben Reihen nebeneinander, Rad an Rad, alle paar Minuten um einen kleinen Sprung vorwärts schießend, um dann wieder eine ganze Weile, auf den nächsten Sprung wartend, zu halten. Man wäre zu Fuß wohl schneller weitergekommen als bei dieser Art von Autoverkehr, die beinahe etwas Groteskes hatte. Aber die Ordnung in dem surrenden Wagengewimmel, das einige Schutzleute nach englischer Art mit kurzen Gesten dirigierten, war musterhaft und stupend die Geschicklichkeit der Lenker, die mit Spionenblick ihre Gelegenheit ersahen, wo sich ein Aufrücken in eine Lücke, ein sprunghaftes Ueberholen eines Vordermannes ermöglichen ließ. Das Ganze war ein Schauspiel für sich, bei dem man bezweifeln durfte, ob es irgendeiner anderen Stadt in der ganzen Welt auch nur annähernd ähnlich gelingen könnte.

Illuminationskunststücke pflegen sich nicht durch Geschmack in Form und Farbe auszuzeichnen, und Rio machte davon keine Ausnahme. Diese Stadt hätte es sich getrost erlauben dürfen, auf jede festliche Extraillumination zu verzichten, denn ihre normale Beleuchtung ist schon an sich ein Fest, ein erlesenes Lichterschauspiel von viel stärkerer Wirkung als aller Transparent- und Buntglühlampenfestesfanz. Schon die Innenstadt ist so verschwenderisch mit Kandelabern ausgestattet, die Bäche, Ströme, Fluten von Licht zwischen die steinernen Ufer der Häuserreihen gießen, daß manchenorts ein Eindruck entsteht, als befinde man sich in einem riesigen, geschlossenen Raum, dessen Wände das Licht von Hunderten von Lüstern widerstrahlen. Es ist eine Orgie von Licht, die sich hier allabendlich unter dem Gewölbe der südlichen Nacht entzündet. Aber das ist noch nicht die Klimax dieses weißen Zaubers. Das Schönste von den Lichteindrücken Rios bieten die Kais, die wir nach einem Essen à la brésilienne von zweifelhaftem Wohlgeschmack spät abends im Auto entlangschossen. Um das schweigende Rund der Buchten sind Perlenketten geschlungen, deren sanfte, zeitgeschwungene Biegung Land und Wasser scheidet. Dort vor euch endet die Perlenkette, an der ihr eben lautlos jedernd entlangglitet, dort scheint sich das Dunkel der Nacht zu schließen. Aber wie ihr euch dem kleinen Kap der vorspringenden Halbinsel nähert, öffnet sich ein neues Wasserbecken und eine neue Perlenkette fügt sich der soeben überrundeten an, weit ausladend und in der Ferne zu einem Strich von Licht zusammenfließend. Unvergeßliche Magie dieser Lichterperlenketten am brandenden Tropenmeer! Hier ist wirklich etwas nicht zu Ueberbietendes, ein Non plus ultra an Lichtwirkung erreicht. Die Aveniden, die dieses Perlengeschmeide tragen, sind mit einer Großzügigkeit und Großartigkeit der Geste hingelegt, für die höchstens die (im übrigen ganz anders gearteten) Kais von Petersburg zum Vergleich herangezogen werden können. Ueber den Geschmack der Bauten an der Landseite dieser Kais, der vielen Paläste, Villen, Hotels kann man streiten; an so unvergleichlich schöner Stelle, nur durch steinerne Straße und Sandstrand vom Meere getrennt, ließe sich wohl eine idealere Architektonik denken. Aber alles Zweifeln und Richten und Wägen wird dem Rio zum erstaunal Schauenden stürmisch von dem sicheren Gefühl überbrandet, daß hier ein Ganzes von einer alle Schlacken wegbrennenden wunderbaren Schönheit geschaffen ist. Niemeyer heißt der Mann, der dieses Werk erdacht und ausgeführt.

Wir hatten uns, der Perlenkettenlockung folgend, viele Stunden Wegs von der inneren Stadt entfernt. Den im Hundertkilometertempo an den langen Kais Zurückbrausenden warf die City von Rio Glanz und Blendung ihrer vielfaufend Bogenlampen entgegen. Ueber den Bergen aber erstrahlten die Lichter des Firmaments, und man wußte, eingeschlossen in einem Globus von Sternen, nicht, wo irdische und himmlische Lichter sich schieden.

Von den Bergen, die um Rio stehen wie Paradieswächter, wild aufgestemmt gegen den Ansturm von See und Winden, ist noch lange nicht genug gesagt, aber wo ist da Anfang und Ende? Karges Wortetasten kapituliert demütig vor triumphierender Ursaghaftigkeit. Hier ist noch heute siebentes Schöpfungstag. Hell lag die Morgensonne darüber, als wir ausfuhren, den Flaggengruß des kleinen Schildkrötenforts erwiderend. Und Rio versank.

„Sich Neapel und stirb!" stipulierte der alte Römer in entsagungsvoller Schönheitsfreude. Der Gegenwartsmensch fordert in ungestümem Uebermut, daß das Schicksal ihm sage und vergönne: „Sieh Rio und lebe!"

Theaterchronik. Zum Besten der notleidenden Kinder wird am 13., 14. und 16. Januar im Roswitha-Saal des Deutschen Lyzeumklubs ein literarisch interessanter Theaterabend stattfinden, an dem zum erstenmal wieder seit der Steinzeit zwei berühmte Dramen der Nonne Roswitha von Gandersheim aus dem Lateinischen des 10. Jahrhunderts in einer Bühnenbearbeitung von Else Schulhoff zur Aufführung gelangen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Professor Dr. Georg Möller, Privatdozent für Aegyptologie an der Berliner Universität und Kustos bei der ägyptischen Abteilung der staatlichen Museen daselbst, ist zum Honorarprofessor in der Berliner philosophischen Fakultät ernannt worden. Der Gelehrte ist besonders auf dem Gebiete der ägyptischen Paläographie und Archäologie tätig.

Mißbrauch der Stadtverordnetentribüne

Ein „vergnügter Abend" der Kommunisten.

Das neue Jahr hat im Berliner Stadtparlament begonnen, wie das alte Jahr am Tage vor Silvester geschlossen hatte. Die Lehren aus den beschämenden Vorgängen des 30. Dezember sind leider nicht gezogen worden. In der Beratung der Fraktionsführer mit dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl war die Einführung von Legitimationskarten für die Tribünenbesucher, die von den einzelnen Fraktionen verteilt werden sollten, zwar angeregt worden, man hatte sich aber schließlich dazu verstanden, mit dieser Einrichtung, die sich eigentlich für jede größere parlamentarische Versammlung von selbst versteht, zu warten, weil Herr Hoffmann im Namen der Kommunisten die bestimmte Erklärung abgegeben hatte, daß die Kommunisten für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Tribüne sorgen wollten. Was von dieser Zusage zu halten war, das hat man gestern schaudernd erlebt: Die gut einexerzierten Anhänger der kommunistischen Fraktion hatten sich in hergebrachter Weise schon längst vor Beginn der Sitzung zusammengeballt und besetzten die Tribüne sofort bei der Oeffnung der Türen bis zum letzten Platz. So behaupteten sie mühelos das Feld. Selbstverständlich dachten sie nicht daran, sich ruhig zu verhalten. Gleich beim Beginn der Sitzung spielten sie mit, und als die bereits abgeschlossene Debatte über die suspendierten Elektrizitätsarbeiter im gröblichen Verstoß gegen die Tagesordnung wieder eröffnet wurde, nahm die Einmischung der Tribüne unerträgliche Formen an. Neben unflätigen Ausdrücken hagelte es Drohungen mit dem russischen Einmarsch, mit Maschinengewehren und der Guillotine, zumal gegen den Mehrheitssozialisten Paul Hirsch, der sich die Bemerkung erlaubte, daß die Kommunisten keine Arbeiterpolitik, sondern Parteipolitik trieben. Da auch wieder Stinkbomben geworfen wurden, so mußten die Stadtverordneten schließlich fluchtartig das Feld räumen. Die Aufforderung des Vorstehers, die Tribüne zu räumen, blieb völlig unwirksam. Herr Hoffmann, der von sich in der dritten Person und als „Adolf" zu sprechen beliebt, lehnte es auch rundweg ab, die Besucher zum Räumen der Tribüne aufzufordern. So kam es zu einer Art von Stellungskrieg. Die Stadtverordneten warteten vor den Türen stundenlang, ob die Zuschauer nicht schließlich das Feld räumen würden. Die Tribüne aber hielt aus und vertrieb sich die Zeit vortrefflich durch den Gesang der „Internationale" und anderer kommunistischer Gesänge. Im Saale hielten dann die für Stinkbomben anscheinend weniger empfindlichen kommunistischen Stadtverordneten eine „Fraktionssitzung" ab. In dem Bericht der gewiß unverdächtigen „Freiheit" heißt es darüber:

„Nun wurde der Tribüne die Zeit zu lange, und einzelne Zuhörer sangen die „Internationale". Den Refrain sangen die anderen Zuhörer mit. Als das Lied zu Ende war, setzte ein furchtbares Geschimpfe und Gegröhle ein. Die Bezeichnung „Schweinehunde" war das gelindeste Schimpfwort, mit dem diese sonderbare Sorte von Klassenkämpfern die im Saal verbliebenen Stadtverordneten bombardierte. Der Stadtverordnete Leupold (W. K. P. D.) vertrieb sich die Zeit nach Schusterjungenmanier und pfiff sich laut einige Gassenhauer vor.

Als sich die Tribüne etwas beruhigt hatte — sämtliche Stadtverordnete bis auf die Kommunisten hatten den Saal verlassen — fangen sich auch die neugebackenen kommunistischen „Stadtväter" die „Internationale" vor. Nun war der Kontakt zwischen Tribüne und Saal hergestellt.

Ad. Hoffmann sagte den Tribünenbesuchern, daß, wenn erst die Kommune da sei, sie dann im Saale sitzen würden.

Nawrocki (W. K. P. D.) Leupold hat am Präsidium schon den Platz für den Sowjetstern ausgesucht..

Nun machte ein Tribünenbesucher gegen die Pressevertreter scharf. Wenn diese Lügenjeden nicht mehr wären, ständen die Arbeiter anders da. Zu erster Linie müßte man den Pressevertretern die Jacke vollhauen.

Schindler (W. K. P. D.) riet davon ab, denn die Preßkulis würden kein Geld mehr verdienen, wenn sie keine Lügenberichte schrieben.

Nawrocki erklärte dann die „Fraktionssitzung der Kommunisten" für geschlossen."

Schließlich wählte die Stadtverordnetenversammlung der Tapferkeit besseren Teil und verlegte ihre Sitzung in den Bürgersaal. Daß solche Vorgänge mehr als unwürdig und beschämend sind, daß sie eine große Gefahr für die Selbstverwaltung bedeuten, braucht kaum gesagt zu werden. Wenn die Berliner Einheitsgemeinde überhaupt noch einen Kredit im Lande besitzt, dann muß sie ihn durch solche Skandale verlieren. Fast sieht es so aus, als wollten die Kommunisten einen Konflikt gewaltsam provozieren. Sie bedenken dabei nicht, daß ihre unverantwortlichen Treibereien für sie selbst sehr gefährlich werden könnten. Wir bedauern derartige Ausschreitungen ganz besonders deshalb, weil dabei nur zu leicht auch die Grundlagen des demokratischen Gemeinderechts untergraben werden müssen. Darüber herrscht wohl in allen Kreisen der Berliner Bürgerschaft Einstimmigkeit, daß der gestrige „vergnügte Abend" der kommunistischen Tribünenbesucher den endgültigen Schluß bedeuten muß. Ohne Ordnung und Disziplin muß die Einheitsgemeinde zusammenbrechen.

Wilhelm Paulsen.

Der Kandidat der Sozialdemokratie für den Berliner Oberschulratposten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 7. Januar.

Der Hamburger Volksschullehrer Wilhelm Paulsen gilt in Hamburger Lehrerkreisen als einer der tüchtigsten Lehrer und vorzüglichsten Organisatoren auf dem Schulgebiet, namentlich auch deswegen, weil er in Schulorganisationsfragen eigene Gedanken und eigene Pläne hat, die sich in der Richtung der Einheitsschule bewegen, und die er in Versammlungen und Zeitschriften erörtert hat. Er war Leiter einer Gemeinschaftsschule und wollte dort seine Ideen ins Praktische umsetzen. In bezug auf Pädagogik genießt er in der Hamburger Lehrerschaft das beste Ansehen und ist bekannt als ein klarer und fluger Schulmann. Natürlich findet er aber in denjenigen Lehrerkreisen, die der Idee der Einheitsschule ablehnend gegenüberstehen, viel Widerspruch. Politisch ist Paulsen, der der Mehrheitssozialdemokratie angehört, niemals als Agitator oder Versammlungsredner hervorgetreten oder bekannt geworden. Er ist eben nur auf seinem Gebiet ein fortschrittlicher Schulpolitiker, darf aber nicht vom politischen Parteistandpunkt aus beurteilt werden. Es ist auch von ihm anzunehmen, daß er ein höheres Schulamt, für das er hier als sehr geeignet gehalten wird, in parteipolitischer Weise nicht ausnützen würde. Zum Stadtschulinspektor in Hamburg ist er nie vorgeschlagen worden. Es kann aber wohl sein, daß er von seiner Partei dazu in Aussicht genommen wurde, aber seine Ablehnung seitens der Behörden konnte nicht in Frage kommen. Die Vorschläge zur Wahl der Stadtschulinspektoren werden in Hamburg von der Lehrerkammer gemacht. Paulsen befand sich aber unter den für diese Kammer vorgeschlagenen Personen schon deswegen nicht, weil er gar nicht für die Lehrerkammer als Kandidat aufgestellt gewesen ist, und zwar offenbar wegen seiner damaligen Krankheit. Diese Kränklichkeit, die ihn auch zwang, unter anderem die Redaktion der „Pädagogischen Reform" niederzulegen, hat er sich im Krieg infolge Ueberanstrengung namentlich bei der Vorbereitung für den Offizierskursus zugezogen.

Die Hamburger Lehrerschaft würde zum weitaus größten Teil Paulsen, der das vollste Vertrauen als befähigter Schulmann genießt, nur mit Bedauern von Hamburg scheiden lassen.

*

Indem wir die obigen Mitteilungen unseres Hamburger Korrespondenten über die Persönlichkeit des zum Berliner Oberschulrat vorgeschlagenen Hamburger Pädagogen wiedergeben, möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß von anderer Seite über Herrn Paulsen etwas skeptischer geurteilt wird. In einer kommunalen Korrespondenz wird gesagt, daß Herr Paulsen seine Reformpläne schon in Hamburg in einigen Volksschulen verwirklicht habe. Aus Arbeitsschulen habe er dort sogen. Spielschulen gemacht. Schüler, Lehrpersonen und Eltern spielen dort während der Schulzeit — Unterrichtszeit kann man nicht sagen — gemeinsam miteinander. Der Erfolg sei aber bisher in diesen Schulen ein zweifelhafter geblieben. Es soll auch an Autorität und Respekt in den Paulsenschen Schulen sehr mangeln. Schon wegen dieser einander widersprechenden Urteile erscheint es uns notwendig, daß die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung selbst Gelegenheit zu einer Prüfung erhalten, ehe sie sich entscheiden.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

Besprechungen im Reichsfinanzministerium.

Heute vormittag haben im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund und seinen Unterorganisationen begonnen. Gleichzeitig werden auch im Reichsverkehrsministerium die Besprechungen mit den Eisenbahnern weitergeführt.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium dürften sich allem Anschein nach schwierig gestalten, da man, wie die B. Z.-Korrespondenz hört, im Deutschen Beamtenbund mit den Ergebnissen der Besprechungen zwischen den Regierungsvertretern und den Eisenbahnern nicht zufrieden ist. Der Deutsche Beamtenbund, der u. a. durch die Herren Flügel und Remmers vertreten ist, wird dem Finanzministerium ein scharf umrissenes Programm vorlegen, das die Mindestforderungen der Beamten enthält. Es besteht zwischen den Wünschen der Beamten und den Absichten des Finanzministeriums insofern ein recht erheblicher Unterschied, als die Beamten erhebliche Aufbesserungen in den unteren Gehaltsklassen verlangen, während die Regierung, wie bei den Eisenbahnern, Erhöhungen nach dem Ortsklassensystem vornehmen will. Die Beamten führen an, daß bei einer Erhöhung in den Ortsklassen die unteren und ein Teil der mittleren Beamten fast gar nicht berücksichtigt werden, und daß für sie das Existenzminimum nicht erreicht wird. Wenn auch die Lebenshaltung in den mittleren und kleinen Städten sowie auf dem flachen Lande selbstverständlich erheblich billiger sei, als in den großen Städten, so seien die Zuschläge in den Ortsklassen D und E doch so minimal, daß von einer Hilfe für die Unterbeamten kaum die Rede sein könne. Der Deutsche Beamtenbund, der die Vertreter seiner Unterorganisationen gestern zu einer Vorbesprechung geladen hatte, war der Ansicht, daß für ihn die Erhöhung der Zuschläge nach dem Ortsklassensystem in der vorgeschlagenen Form kaum annehmbar sei.

Nach den bisher in Berlin eingelaufenen Telegrammen herrscht auch unter den Eisenbahnern über die bewilligten Zulagen keineswegs Zufriedenheit. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der sich in der schwierigsten Lage befindet, hat zum Sonntag eine erweiterte Vorstandssitzung einberufen, um die Ansichten seiner Mitglieder im Reich zu hören. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, versucht man von radikaler Seite, die Berliner Eisenbahnarbeiter zu einem Streik zu veranlassen, doch ist mit Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter sich hinter die Beschlüsse ihrer Organisationen stellen wird.

Ostpreußens Entwaffnung.

Eine Zuschrift des Oberpräsidenten Siehr.

Von dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Siehr, erhalten wir die folgende Zuschrift:

„Gestatten Sie mir zu dem Artikel „Ostpreußens Entwaffnung", den Sie in Ihrer Abendausgabe vom 4. Januar gebracht haben, die folgenden Bemerkungen: Im Oberpräsidium hofft man nicht nur, wie in dem Artikel gesagt ist, auf einen Aufschub für die Entwaffnung, sondern man sieht die Aufrechterhaltung der Orts- und Grenzwehren so lange als lebensnotwendig für die Provinzen an, als noch nicht der Friedenszustand zwischen Rußland und Polen hergestellt ist. Um der Provinz ein gewisses Sicherheitsgefühl zu geben, ist aber erforderlich, daß die Wehr fest in der Hand des Oberpräsidenten ist. Aus diesem Grunde muß gegen die Bestrebungen nicht behördlicher Stellen, sich Einfluß auf die Wehren zu sichern, mit allen Entschiedenheit vorgegangen werden. Dafür, daß Putschabsichten mit diesen Bestrebungen verbunden gewesen seien, ist ein Anhalt nicht gegeben. Im übrigen wird das Ergebnis der noch keineswegs abgeschlossenen Untersuchung abzuwarten sein. Es wäre im Interesse der Förderung der ruhigen Wiederaufbauarbeit in Ostpreußen nur zu begrüßen, wenn im Reiche mehr und mehr die Ueberzeugung sich festigen würde, daß die ostpreußische Bevölkerung in ihrer gewaltigen Mehrzahl ruhiger Arbeit nachzugehen wünscht und Putschabsichten sowohl von rechts wie von links gänzlich abgeneigt ist."

---

* Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Essen zwischen den Arbeitern und der Werkleitung des **Mülheimer Bergwerksvereins** haben zu einer Einigung geführt. Infolgedessen wird am Freitag die Arbeit auf allen Schächten wieder aufgenommen.

* **Unter der Anklage, den Kassierer Oberbürgermeister Philipp Scheidemann beleidigt zu haben,** standen die lippischen Redakteure Dirdge-Schönmar („Lippische Nachrichten"), Lange-Detmold („Lippische Tageszeitung") und Welchert-Lage („Lippische Volkszeitung") vor dem Schöffengericht in Detmold. Die genannten Zeitungen hatten im Juni 1920 eine Notiz gebracht, nach welcher Oberbürgermeister Philipp Scheidemann auf der Pferdeauktion zu Jagdschloß Lopshorn bei Detmold ein Paar Luxuspferde zum Preise von 56 000 Mark habe kaufen lassen. An die Notiz war die Bemerkung gehängt, man könne daraus sehen, daß die Revolution manchem etwas eingebracht habe. Scheidemann erklärte die Nachricht für „absolutes Schwindel" und strengte die Privatklage an. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten zu je 150 Mark Strafe.

Neue Differenzen mit den städtischen Elektrizitätsarbeitern.

Streikabsichten der Arbeiterschaft.

Nachdem, wie berichtet, die gestrige Berliner Stadtverordnetenversammlung die bedingungslose Wiedereinstellung der beim letzten Streik entlassenen 33 Elektrizitätsarbeiter abgelehnt hat, ist die Situation in den einzelnen Werken jetzt wieder kritisch geworden. Die Kommunisten haben großen Anhang unter den städtischen Arbeitern gefunden, und man drängt von gewisser Seite zum Streik. Der Magistrat hat allerdings beschlossen, den Betriebsrat nachträglich über die Entlassung der 33 Arbeiter zu hören. In den Werken wird indessen bereits Propaganda für einen neuen Streik gemacht, sofern der Schlichtungsausschuß die Entlassung als berechtigt anerkennt. Der Magistrat hat beschlossen, den Arbeitern ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen und entlassene Betriebsratsmitglieder stillschweigend wieder einzustellen. Hiergegen wenden sich die Direktoren der Werke, die in der Wiedereinstellung dieser Leute eine Erschütterung ihrer Stellung erblicken.

Der Rembrandt-Gemäldediebstahl in Hamburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

K. Hamburg, 7. Januar.

Das im Privatkontor der bekannten Bankfirma Emil Heckscher u. Co. gestohlene, eine Landschaft darstellende Rembrandt-Gemälde war gegen Einbruch mit zwei Millionen Mark versichert. Seine Echtheit ist unzweifelhaft von vierzehn Fachautoritäten, darunter Meyer-Gräfe, Professor Gurlitt, Professor Scheibe, Professor Glück (Wien) usw., in schriftlichen Gutachten festgestellt worden. Herr Heckscher stand neuerdings mit einem Amerikaner in Unterhandlungen, der das Mehrfache des Versicherungsvertrages dafür anlegen wollte. Um die Ausfuhr zu verhindern, sind sofort alle Häfen und Uebergangsbahnhöfe an den Grenzen durch die Polizei benachrichtigt worden, von der bereits bestimmte Spuren verfolgt werden.

*

Zu dieser Nachricht unseres Hamburger Korrespondenten teilt uns Professor Dr. Max J. Friedländer, der Leiter des Berliner Kupferstichkabinetts, folgendes mit: Soweit mir die Angelegenheit bekannt ist, scheint es sich in dem vorliegenden Falle nicht um einen echten Rembrandt zu handeln, da in Fachkreisen ein Gemälde dieser Art nicht bekannt ist. Es muß zugegeben werden, daß einzelne Autoritäten, denen das Gemälde zur Begutachtung vorlag, seine Echtheit bestätigt haben, indessen stehen diesen Gutachten hochwertige Entscheidungen namhafter Kenner gegenüber, die diesen Rembrandt als gefälscht erklärten.

Das Millionendepot im Koffer. Der Bochumer Millionenraub, über den wir berichteten, beschäftigt noch weiter die Berliner Kriminalpolizei. Es ist gelungen, weitere 30 000 Mark von der geraubten Summe wieder herbeizuschaffen. Die Räuber Heising und Kley haben zwar mit den großen Geldsummen, die sie bei sich führten, sehr leichtsinnig gewirtschaftet, doch erscheint es ausgeschlossen, daß sie die geraubte Summe bereits ausgegeben haben. Da sie es nicht wagten, das Geld irgendwie anzulegen, trugen sie es immer in ihren Koffern mit sich. Diese waren mit Geldscheinen bis oben gefüllt. Dieses „Bankdepot" war von einer Berliner Vermieterin, bei der die Räuber kurze Zeit gewohnt hatten, entdeckt worden. Sie betrachtete die Koffer und ihren wertvollen Inhalt als Gemeingut und nahm so viel Geld davon, als sie für sich benötigte. Die Kriminalpolizei, die hiervon Kenntnis erhalten hatte, nahm eine Haussuchung bei der Vermieterin vor und beschlagnahmte 39 Tausendmarkscheine, die diese aus den Koffern entwendet hatte.

Aufdeckung einer Bestechungsaffäre. Aus Ludwigshafen wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Gestern nachmittag wurde auf Grund eines Verhaftungsbefehls der Staatsanwaltschaft in Frankenthal der hier wohnende Eisenhändler Heinrich Lieser wegen Bestechung einer Anzahl Beamten der badischen Anilin- und Sodafabrik verhaftet. Dieser hatte sich durch Bestechungen innerhalb einiger Jahre ein nach Millionen zählendes Vermögen erworben. Die acht Beamten der Fabrik, darunter ein Oberingenieur mit Prokura, sind von der Fabrikleitung vom Dienste suspendiert worden.

L. S. In der Staatsoper leitete gestern die zweite Aufführung der „Gezeichneten" der Komponist Franz Schreker. Es war interessant, ihn zu beobachten. Er „arbeitet" nicht. Er begnügt sich meist, die wichtigsten Taktteile zu geben, die Sänger am Zügel zu behalten und überläßt es im einzelnen dem wohlstudierten Orchester, ihm auf dem vorgezeichneten Wege zu folgen. Dann aber reckt er sich empor vom Sitz wie ein Feldherr, der seine Scharen zum Siege anfeuert, und man hat das Gefühl, daß er selber der begeisterstte Zuhörer ist. Der Verlauf der Aufführung blieb im wesentlichen derselbe wie am Vortage; nur daß manches vielleicht intimer, bedachtsamer klang. Auf der Bühne gab es neue Besetzungen. Die Carlotta sang Emmi Heckmann-Bettendorf mit viel weiblichem Reiz. Ihr schöner, weicher Sopran hat vorwiegend lyrische Klangfarbe, entfaltet aber in dramatischen Momenten beträchtliches Volumen. Ein leiser Schleier, der zuweilen über dem Ton liegt, scheint von dem Vokal „a" herzukommen. Alviano war Oskar Bolz, der intelligente Schauspieler und Sänger, dessen Tenor seit ich ihn nicht auf der Bühne gehört, an Kraft und Freiheit des Klanges noch gewonnen hat. Er hat nicht den rührenden Ton seines Vorgängers, bot aber eine ausgezeichnete Leistung. Elegant und charakteristisch in Spiel und Gesang der Vitelozzo Schützendorfs, ein würdiger Podesta Herbert Stock, Desider Zador als Herzog weniger repräsentativ, aber von scharfer Diktion. In dieser verworrenen Handlung ist ja jede Deutlichkeit doppelt wertvoll. Der Gesamteindruck war der gleiche, wenn auch manches natürlich bei öfterem Hören noch gewinnt. An allen Aufschlüssen wurde mit den Darstellern ostentativ auch der Komponist gerufen.

Das Goethe-Nationalmuseum in Weimar hat, wie unser Korrespondent schreibt, eine neue und wertvolle Bereicherung seiner Bildnissammlung erfahren, indem es dem Leiter des Museums, Dr. Hans Wahl, gelang, aus Berliner Privatbesitz ein bislang in Goethe-Kreisen fast unbekanntes Goethe-Bildnis von seinem römischen Gastfreund Maler J. H. W. Tischbein zu erwerben. Das reizvolle Aquarell stellt den damals vielleicht 38jährigen Goethe in froher Laune und im intimsten Hauskostüm auf einem Stuhle balancierend und in einem Buche blätternd dar. Die Umgebung ist genau dieselbe, wie in dem bereits im Goethe-Nationalmuseum befindlichen Goethe-Bildnis von der Hand desselben Malers, das Goethe zum Fenster hinausstehend und in ganz demselben „Kostüm" das heißt in Hemdärmeln, Pantoffeln usw. darstellt. Das hübsche, auch künstlerisch durch die flotte und charakteristische Zeichnung wertvolle Aquarell hat neben den anderen Tischbeinschen Goethe-Bildnissen aus der damaligen Zeit seinen Platz gefunden.

Kleine Mitteilungen. Ludwig Hardt spricht am 8. Januar im Meistersaal Heine: Zeitgedichte, Deutschland, Romanzen, hebräische Melodien, letzte Gedichte. — Der lustige Abend, der Silvester in der Tribüne veranstaltet wurde, wird Sonnabend, 8., und Sonntag, 9. Januar wiederholt.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Die geheime Sitzung im Bürgersaal.

Neuwahlen des Oberbürgermeisters und des Stadtschulrats.

Nach der unrühmlichen Flucht der Stadtverordneten vor den tobenden Kommunisten auf der Tribüne in den Bürgersaal des Rathauses ging die gestrige Stadtverordnetenversammlung in eine Beratung der auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung stehenden Punkte ein. Zunächst erstattete der Vorsitzende des Wahlausschusses, Waldeck Manasse, einen kurzen Bericht über die Vorbereitungen für die Oberbürgermeisterwahl, die bekanntlich insofern einen unentschiedenen Ausgang genommen haben, als sowohl auf Dr. Weyl wie auf den Kämmerer Böß je 10 Stimmen entfielen, während sich fünf Ausschußmitglieder der Stimme enthielten. Gleichzeitig wurde dabei erwähnt, daß die Wahlkommission zwar das Gehalt des Oberbürgermeisters in seiner bisherigen Höhe (52 000 Mark mit 50 Prozent Teuerungszuschlag) bestehen lassen, aber die freie Wohnung im Herrenhause in Buch in Fortfall kommen lassen will. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Beratung des Gehalts des Oberbürgermeisters zu setzen, die Wahl des Oberbürgermeisters selbst aber erst in vierzehn Tagen, also am 20. Januar vorzunehmen.

Bei der dann folgenden Besprechung der Wahl des Oberstadtschulrats wurde von der Deutschen Volkspartei noch einmal der Versuch gemacht, über die Persönlichkeit des von der Linken vorgeschlagenen Kandidaten Paulsen (Hamburg) Näheres zu erfahren. Zu diesem Zwecke sollte eine aus je zwei Mitgliedern der einzelnen Fraktionen bestehende Deputation nach Hamburg reisen und dort sich an Ort und Stelle informieren. Von demokratischer Seite wurde diesem Antrag zugestimmt, weil über den Gesundheitszustand des Hamburger Kandidaten sowie über die Ablehnung Paulsens als hamburgischer Schulinspektor Behauptungen aufgestellt worden sind, die einer Nachprüfung unter allen Umständen bedürfen. Die Linke, die durch ihr Festhalten an der unmöglichen Kandidatur Löwenstein viel Zeit vertrödelt hat, hatte es gestern plötzlich sehr eilig und lehnte nicht bloß diese Informationsreise ab, sondern setzte auch durch, daß die Wahl des Oberstadtschulrats bereits auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung, also am 13. Januar, gestellt werden soll. Nach der Erledigung einiger weiterer Personalangelegenheiten konnte dann endlich die geheime Sitzung gegen 11 Uhr geschlossen werden.

*

Das Nachrichtenbureau des Magistrats teilt uns mit: Der Besuch der Tribüne der Stadtverordnetenversammlung wird künftig, wie schon im Morgenblatt gemeldet, nur noch Besuchern gestattet sein, die im Besitze einer Tribünenkarte sind. Den Fraktionen wird regelmäßig allwöchentlich einmal zu den Sitzungen eine entsprechende Anzahl dieser Karten zugehen. Nicht zur Verwendung gelangende Karten sollen zurückgesandt werden. Die Rathauspförtner sind gehalten, von drei Uhr nachmittags ab nur noch Personen Zutritt zu gestatten, die sich als Stadtverordnete ausweisen oder im Besitze einer Tribünenkarte sich befinden.

Ein neuer Bankbetrug.

400 000 Mark auf gefälschte Schecks erhoben.

Durch betrügerische Manipulationen ist ein Berliner Bankhaus von dem Bankbeamten Adolf Schimmel um einen Barbetrag von 400 000 Mark geschädigt worden. Der Betrug, der bereits vor einigen Tagen verübt worden ist, kam erst jetzt ans Tageslicht, als eine Hamburger Bankfirma, bei der Schimmel bis vor kurzem beschäftigt war, aus Berlin die Nachricht erhielt, daß auftragsgemäß der angewiesene Betrag von 400 000 Mark zur Auszahlung gelangt sei. Das Hamburger Bankhaus aber wußte nichts von einem solchen Auftrage, forschte nach und erfuhr jetzt erst, daß wenige Stunden nach Eingang des Briefes ein Mann erschienen war, der auf zwei Schecks sich den Betrag hatte auszahlen lassen. Der Brief und die Quittungen erwiesen sich als gefälscht. Als Abheber des Geldes wurde der Bankangestellte Adolf Schimmel erkannt. Schimmel hatte den Auftrag zur Auszahlung des Geldes von Hamburg selbst an das Berliner Bankhaus gesandt, sich zwei Formulare des Bankbuches angeeignet und war nach Berlin gereist. Hier hob er den Betrag, der ihm auf die Anweisung aus Hamburg anstandslos ausgezahlt wurde, ab. Auf seine Ergreifung und für die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Die Berliner Kriminalpolizei hat heute eine Spur des Betrügers aufgenommen.

Waffensuche am Kurfürstendamm.

Im weiteren Verlaufe der von der Behörde angeordneten Waffensuche in den einzelnen Stadtteilen Berlins wurde heute vormittag der Häuserblock, der durch die Braunschweigische, Wielandstraße, Kurfürstendamm und Olivaer Platz begrenzt ist, durch Beamte der Sicherheitspolizei unter Leitung von Oberst Kaupisch abgesperrt. Die Aktion selbst leitete der Entwaffnungskommissar Dr. Peters. In acht Lastkraftwagen waren die Polizeibeamten in früher Morgenstunde zur Stelle geschafft worden, hatten vor die einzelnen Hauszugänge Posten aufgestellt und begannen mit der genauen Durchsuchung der Privatwohnungen nach Waffen. Das Ergebnis der Haussuchungen, die nach dem bekannten Verfahren vor sich gingen, war gleich Null. Während der Absperrungszeit wurde der Straßenbahnverkehr teilweise aufgehalten, auch der Autobus mußte seine übliche Fahrstrecke ändern.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Roman: Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 7. Januar 1921.

Nach nicht einheitlichem Beginn befestigt.

Da der Devisenmarkt heute in etwas festerer Haltung eröffnete, begann die Fondsbörse in nicht einheitlicher, eher fester Haltung. Die Wiederaufnahme der Ausgleichszahlungen drückte auf die Mark, so dass besonders der Dollar scharf anzog. Die Geschäftstätigkeit war auf einzelnen Marktgebieten recht lebhaft, wie denn einige Spezialwerte auch grössere Kursgewinne zu erzielen vermochten.

Montanwerte: Bismarckhütte 685 (+ 3), Bochumer 545 (— 3½), Buderus 646 (— 37), Deutsch-Luxemburg 372 (+ 5), Hoesch 922½ (+ 7½), Kattowitzer 342 (+ 12), Oberbedarf 333 (+ 7), Phönix 646 (+ 11), Rombach 361 (— 4), Thale 768 (— 11). Schiffahrtsaktien: Deutsch-Austral. 686 (+ 10), Nordd. Lloyd 186½ (— 3¼). Chemische Papiere: Agfa 447 (— 8), Anglo Guano 399 (— 9), Elberfelder Farben 470½ (— 8½), Goldschmidt 901 (— 9), Höchster Farben 448 (— 8½), Oberkoks 523 (+ 8). Elektroaktien: A. E. G. 331 (— 8), Bergmann 392 (+ 16), Deutsch-Ueberseo 1020 (+ 35), Sachsenwerk 399 (— 5). Maschinenfabriken usw.: Augsburg-Nürnberg 470 (— 7), Deutsche Waffen 559½ (— 7½), Orenstein u. Koppel 665 (+ 25), Rheinmetall 448 (+ 8), Weser Schiffsbau 337½ (+ 7½). Kaliwerte: Deutsche Kali 430 (— 30), Aschersleben 423 (— 9). Auslandspapiere: Neu-Guinea 601 (— 9), Otavi Minen 730 (— 6), Genuss 629 (— 10), Schantung 589 (— 6), Franzosen 160 (+ 2½). Bankaktien: Commerzbank 209 (— 7), sonst wenig verändert.

Verlauf: Fester werdend. Im Vordergrund des Interesses: Mannesmann bis 740 (791), Hoesch bis 940 (+ 25), Daimler bis 328 (+ 24), Dekla Bioscop-Aktien 109—110.

Kassamarkt eher schwächer.

Höher: Rhein-Nassau 70, Thomée 60, Caroline 30, Lichterfelder Bau 30, Steingut Colditz 26, Ammo, Giesecke u. Co. 20, Busch opt. 21, Hackethal 10, Harburger Eisen 22, Mark Zement 15, Reichelt Metall 25, Reissholz Papier 25, A.-G. f. Bürsten 22, Calmon Asbest 19, C. Lorenz 11.

Niedriger: Tuchfabr. Aachen 13, Breslau Sprit 100, Balke Maschinen 20, Carl Berg 17, Segall 20, Held u. Francke 10, Concordia chem. Fabr. 10, Baroper Walzwerke 25, Delmenhorst Linoleum 10, Bayer. Zellulose 14, Egestorff Maschinen 15, Union chem. Fabr. 24, Griesheim chem. Fabr. 14, Alfeld-Gronau Papier 11, Deutsche Kunst-Leder 15, Dürener Metall 30, Mix u. Genest 12, Thörls Oelfabr. 5.

Rentenmarkt: Heimische Renten wenig verändert. Ausländische Anleihen nicht einheitlich.

Freier Verkehr: Pomona 9000, Deutsche Kolonial-Anteile 7200—7300, Kaoko 210—215, Kolmanskop 310—315, Südsee-Phosphat 1800, Sloman 2500, Mansfelder 5275, Heldburg 320, Ronnenberg 440, Deutsche Erdöl 2450, Deutsche Petroleum 2260 à 2255, Russenbank 95½, Petersburger Internationale Handelsbank 106¾.

Kurse gegen 2 Uhr: Deutsche Petroleum 2245, Deutsch-Luxemburg 368, Phönix 641, Oberbedarf 331, Mannesmann 722, Deutsche Waffen 610 (wesentlich höher, angeblich auch im Zusammenhang mit holländischen Käufen), Benz 290. Fest tendierten u. a. die Aktien von Schiffswerften auf Meldungen über grosse amerikanische Aufträge.

Zwanzigmarkstücke: 306, Barrengold 41 750, Platin ca. 130.

Kosciusko-Noten 9⅜.

Markkurs (nach Privatmeldungen): Holland 4,29, Zürich 8,75, Kopenhagen 8,55, Stockholm 6,65.

Fortlaufend notierte Papiere. (Ohne Gewähr).

Einheitskurse (Ohne Gewähr)

Dt.-Ostafr.-G.	—	249.—
Kamerun E.-G.	—	150.25
do. 100 M.	—	150.25
Ostafr. E. G. A.	—	81.—

Bankdisk.	Devisen	7. 1. Geld	Brief	6. 1. Geld	Brief
5	Deutschld.				
4½	Holland .....Gulden	2322.65	2327.35	2315.15	2319.85
7	Dänemark ...Kronen	1176.30	1178.70	1151.30	1153.70
7½	Schweden ...Kronen	1503.45	1506.55	1483.50	1486.50
7	Norwegen ...Kronen	1168.80	1171.20	1158.80	1161.20
8	Finnland .finn. Mark	215.62½	216.12½	217.25	217.75
5	Schweiz ...Franken	1121.25	1118.85	1108.85	1111.15
5	Oesterr. (altes)..Kr.	—.—	—.—	—.—	—.—
5	Deutsch-Oest. Kronen	15.85½	15.89½	15.60½	15.64½
—	Ungarn.....Kronen	12.10½	12.14½	12.18	12.22
6	Tsch.-Slowak. Kronen	81.77½	81.97½	81.60	81.80
5	Spanien....Pesetas	956.—	954.—	954.—	956.—
7	Amerika ....Dollars	73.04½	73.20½	71.54½	71.70½
5½	Belgien....Franken	457.25	456.25	455.50	456.50
7	England ....£	263.45	264.05	262.20	262.80
6	Frankreich .Franken	432.70	431.30	434.55	435.45
6	Italien ....Lire	252.50	251.70	265.20	255.[illegible]

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts

Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

* Das Abkommen über die Goldhypotheken.

Eine Entgegnung.

Von

Universitätsprofessor **Dr. Arthur Nussbaum** (Berlin).

In Nr. 4 dieses Blattes ist durch einen von „unterrichteter Seite" kommenden Aufsatz endlich Aufschluss über die Gründe gegeben worden, von denen sich die deutschen Unterhändler bei dem Abschluss des Abkommens über die „Goldhypotheken" (d. h. die in Gold rückzahlbaren Hypotheken) schweizer Gläubiger anscheinend haben leiten lassen.

Der den amtlichen Stellen offenbar sehr nahe stehende Verfasser sucht zunächst auszuführen, dass die deutsche Verordnung vom September 1914 über die Aufhebung der „Goldklausel" „ursprünglich keinen besonderen Schutz deutscher Hypothekenschuldner gegenüber den ausländischen Hypothekengläubigern begründen sollte". Diese Behauptung, die auf die ausländischen und mittelbar sogar auf die inländischen Hypothekengläubiger geradezu stimulierend wirken muss, ist unhaltbar, da nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechts das Deutsche Reich über die seinem Gebiet angehörigen Rechtsverhältnisse, zu denen die der Hypotheken an deutschen Grundstücken gehören, unbestritten die volle Gesetzgebungsgewalt hat; es handelte sich bei der deutschen Verordnung auch nicht etwa um eine Massnahme gegen die Schweiz oder das sonstige Ausland, sondern es wurden ebenso und tatsächlich sogar in erster Linie die deutschen Gläubiger, die sich die Goldklausel ausbedungen hatten, betroffen. Die Verordnung vom September 1914 war eben eine notwendige Folge des Uebergangs zur Papierwährung. Das ist nicht etwa nur meine persönliche wissenschaftliche Ueberzeugung, sondern ich habe die gleiche Auffassung bisher überall bei juristischen Sachverständigen vorgefunden. Vor allem ist diese Ansicht jetzt durch das Reichsgericht gebilligt, und bereits längere Zeit vor Abschluss des Abkommens hatte, wie den deutschen Unterhändlern nicht unbekannt gewesen sein kann, ein Oberlandesgericht in gleichem Sinne entschieden. Es lag also nicht der mindeste Anlass vor, sich, wie es der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 4 tut, einfach auf den von den Schweizer Interessenten eingenommenen Rechtsstandpunkt zu stellen, für den die letzteren nur ein sehr angreifbares Rechtsgutachten eines Schweizer Nationalökonomen beigebracht hatten.

Die deutschen Schuldner hätten deshalb auch eine schiedsrichterliche Entscheidung, auf deren Gefährlichkeit der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 4 in sonderbar geheimnisvoller Weise hinweist, nicht zu scheuen brauchen. Indessen muss der Gedanke an eine schiedsrichterliche Entscheidung überhaupt ausser Betracht bleiben. Die Entscheidung lag beim Reichsgericht. Wie käme Deutschland, das ja auch die Sprüche der polnischen Gerichte in Sachen der in der Tat angreifbaren polnischen Devisenordnung gegen sich gelten lassen muss, dazu, die Entscheidung seines höchsten, selbst von der Entente anerkannten Gerichts einer Nachprüfung durch ein Schiedsgericht zu unterstellen? Dazu lag für Deutschland weder rechtlich noch politisch eine Notwendigkeit oder auch nur die Möglichkeit vor. In Wahrheit war die Rechtslage für Deutschland materiell und formell äusserst günstig. Auch wirtschaftlich lag das Interesse am Zustandekommen des Vertrages ganz überwiegend auf seiten der schweizer Regierung. Selbst wenn indessen die deutschen Unterhändler unsere Rechtslage für viel ungünstiger hielten, als sie es wirklich war, so hätten sie sich doch unter keinen Umständen auf dieses Abkommen einlassen dürfen. Der Verfasser des Aufsatzes in Nr. 4 ist über die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere des städtischen Grundbesitzes, schlecht unterrichtet, wenn er meint, dass durch das Abkommen „immerhin eine einigermassen erträgliche Situation geschaffen worden sei". Nein, die geschaffene Situation ist für die Mehrzahl der Schuldner unerträglich, und das ist der Hauptgrund für die entstandene Erregung.

Der Grundstückseigentümer, der von einer Schweizer Gesellschaft ein Darlehn von 100 000 aufgenommen hat und beim heutigen Kursstande damit rechnen muss, in zehn oder fünfzehn Jahren 1 400 000 M. — der Betrag kann sich ebenso gut erhöhen wie verringern — zurückzuzahlen, ist schon heute, natürlich abgesehen von diesem oder jenem Millionär, ein ruinierter Mann. Er wird auch aller Regel nach ausserstande sein, die vervielfältigten Zinsen (beim jetzigen Markkurse etwa das zweieinhalbfache des bisherigen Betrages, bei steigendem Kurse noch bedeutend mehr!) aufzubringen — ganz abgesehen von den Nachzahlungen, die er nach dem Abkommen unter Umständen sofort leisten muss. Und welches Unglück ist über alle diejenigen gebracht worden, die früher Eigentümer eines von einem Schweizer Institut beliehenen Grundstücks gewesen sind und noch für die Hypothek haften — ein Fall, der auch bei zahlreichen Erben früherer Eigentümer zutrifft! Was die sogenannten Nachhypotheken anlangt, also diejenigen, die den regelmässig an erster Stelle eingetragenen Schweizer Goldhypotheken folgen, so werden sie durch das Abkommen zwar nicht unmittelbar betroffen, da das Abkommen sich nur auf die persönliche Verbindlichkeit des Schuldners, nicht auf die dingliche Haftung des Grundstücks bezieht. Aber die mittelbare Wirkung ist auch hier äusserst nachteilig, weil die Güte der Nachhypothek grossenteils von der Vermögenslage des Schuldners abhängt, und dieser auch, abgesehen von der Erhöhung der Kapitalschuld, oft keinesfalls in der Lage sein wird, ein Mehrfaches der Zinsen der ersten Hypothek aufzubringen.

Die Gründe des ungenannten Verfassers sind so schwach, dass sich eine Vermutung aufdrängt. Es scheint, dass man sich auf deutscher Seite über die wirtschaftliche Tragweite der getroffenen Abrede nicht im klaren gewesen ist und jetzt nach einer formalen Rechtfertigung sucht. Denn hätte man die wirtschaftliche Bedeutung der Frage erkannt, so würde man sich doch unbedingt die erforderliche Rückendeckung durch Zuziehung wirtschaftlicher Sachverständiger, Einholung von Gutachten, Aufklärung der Oeffentlichkeit, Befragung der Interessentenverbände beschafft und namentlich die Umgehung des Reichswirtschaftsrats nicht vermieden haben. Es ist auch offenbar, das man gewisse Argumente, denen sich die Schweizer einfach nicht hätten verschliessen können, gar nicht oder nicht mit dem ihrer Bedeutung entsprechenden Nachdruck vertreten hat. Denn es geht doch über alles Mass hinaus, dass auch die schweizerischen Versicherungsgesellschaften, die ihren deutschen Versicherten die Versicherungssumme in Papiermark zahlen, von den deutschen Schuldnern ihrer aus deutschen Prämiengeldern angelegten Hypotheken Gold verlangen können. Auch die uneingeschränkte Ausdehnung des Abkommens auf die früheren Grundstückseigentümer ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

Unter diesen Umständen ist es nur allzu begreiflich, dass die Schuldner, die wie durch einen Blitz aus heiterem Himmel und — was besonders erbitternd wirken muss — ohne alle Not durch das Abkommen in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf das Schwerste betroffen worden sind, vom Reiche in analoger Anwendung der Vorschriften des Ausgleichsgesetzes Schadloshaltung verlangen. Sie berufen sich u. a. darauf, dass sie das Gold, mit dem sie wenigstens einen Teil ihrer jetzigen Verbindlichkeiten hätten decken können, im Vertrauen auf die Aufhebung der Goldklausel zur Reichsbank gebracht hätten. Aber so gewichtig aus diesen und anderen Gründen ihre Forderungen auch sein mögen, sie werden an der Finanzlage des Reiches scheitern. Gewisse steuerliche Erleichterungen werden jedoch den Betroffenen unter allen Umständen zu gewähren sein. Ohne weiteres sind sie meines Erachtens berechtigt, in ihrer Reichsnotopfererklärung ihre Hypothekenschuld zu dem in dem Abkommen festgesetzten Verhältnis von 123,45 Frank auf je 100 geschuldete Mark abzuziehen und die bereits abgegebene Erklärung entsprechend zu berichtigen. Denn wenn auch das Abkommen erst nach dem Steuerstichtage in Kraft getreten ist, so wird ihm doch für die Bewertung der Schuld rückwirkende Bedeutung beigemessen werden müssen. Würde das Finanzministerium dies nicht anerkennen, so müsste das Reichsnotopfergesetz entsprechend geändert werden. Weiter wird z. B. zu erwägen sein, ob den Schuldnern nicht durch eine Aenderung des Einkommensteuer- und Besitzsteuergesetzes die Ansammlung eines steuerfreien Rückzahlungsfonds ermöglicht werden könnte.

Verordnung über die Heranziehung der Leibrenten zur Kapitalertragsteuer. Der Reichsfinanzhof hat gemäss § 43 der Reichsabgabenordnung ein Gutachten dahin abgegeben, dass die Steuerpflicht aus § 2 Nr. I. 3 des Kapitalertragsteuergesetzes auch die Prämienreserven der Leibrentenversicherungen umfasst, die mit Versicherungsgesellschaften der im § 2 Nr. I. 3 bezeichneten Art abgeschlossen sind. Die Höhe des Steuerabzuges richtet sich nach dem Lebensalter des einzelnen Versicherten. Da die Versicherungsgesellschaften die notwendigen Einzelberechnungen nicht sogleich durchführen können, ohne Gefahr zu laufen, für die nächste Zeit ihren Geschäftsbetrieb ins Stocken zu bringen, wird auf Grund des § 444 Abs. 4 der Reichsabgabenordnung für das Kalenderjahr 1921 bestimmt, dass von jedem zur Auszahlung gelangenden Leibrentenbetrag 2 v. H. als Kapitalertragsteuer einzubehalten und abzuführen sind.

* **Ueber die Novelle zum Reichsstempelgesetz** erfahren wir, dass die in unserer heutigen Morgenausgabe angegebenen Sätze, nach denen der Kundenverkehr in Devisen mit einer Steuer von ½ pro Mille, der Arbitrageverkehr mit einer Steuer von 1/10 pro Mille belegt, und der Stempelsatz für Noten und Sorten auf 1 pro Mille erhöht werden soll, in dem Referentenentwurf enthalten sind und sich mit den Vorschlägen der bei Beratung des Entwurfes zugezogenen Sachverständigen decken. Eine Entscheidung über den Entwurf ist innerhalb des Ministeriums noch nicht gefallen, doch werden die zuständigen Stellen sich in kürzester Frist mit ihm befassen.

Zwanzig Millionen Reichszuschuss für die Leipziger Messe. Für 1921 beantragt das Leipziger Messamt eine Erhöhung des Reichszuschusses, der 1917 und 1918 je 700 000 M., 1919 1,2 Mill. M. und 1920 2 Mill. M. betrug, auf 20 Mill. M. Diese Summe soll ausschliesslich der Auslandspropaganda dienen. 1917 verausgabte das Messamt dafür rund ½ Mill. M., da eine Propaganda während des Krieges nur in einem Teil des europäischen Auslands möglich war. Seitdem ist der Markwert auf ein Zehntel gesunken, die Kosten für Zeitungsinserate, Personal, Reisen usw. im Ausland sind aber mindestens um das Dreifache gestiegen: schon die halbe Million von ehemals würde daher heute einem Aufwand von 15 Mill. entsprechen. Nach dem Friedensschluss aber erstrecken sich Möglichkeit und Pflicht zur Auslandspropaganda auf die ganze Welt, vor allem auf Uebersee. Ein mindestens gleich hoher Betrag wie der des erhöhten Reichszuschusses soll durch die an der Messe direkt interessierten Faktoren aufgebracht werden.

* **Der Eisensteinbergbau im Lahn- und Dillgebiet.** (Bericht der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie.) Die Novemberförderung betrug 95 000 To. bei einer Belegschaft von 7700 Mann gegenüber 125 000 To. bei einer Belegschaft von 6700 Mann im November 1913. Die Wagengestellung war ausserordentlich mangelhaft, zum Teil wurde nur ein Drittel des angeforderten Wagenraumes gestellt. Allenthalben machen sich Absatzstockungen bemerkbar, insbesondere ist die Nachfrage nach manganhaltigem Brauneisenstein stark zurückgegangen. Die erzielten Preise decken bei weitem nicht mehr die heutigen Selbstkosten. Verschiedene Gruben mussten daher gänzlich eingestellt, bei anderen der Betrieb wesentlich reduziert werden. Bei längerem Anhalten der Absatzstockungen werden sich Massenkündigungen nicht vermeiden lassen.

* **Vereinigte Gummiwarenfabriken Akt.-Ges.** in Harburg-Wien. In dem Geschäftsbericht teilt die Verwaltung mit, dass die Umsätze trotz der Schwierigkeiten, mit denen die Werke zu kämpfen hatten, eine befriedigende Steigerung erfahren haben. Es ergibt sich ein Bruttogewinn von 22 547 820 M. (i. V. 9 641 953 M.). Nach Abzug der Unkosten und der Abschreibungen, die sich von 913 455 auf 2 346 481 M. erhöht haben, verbleibt einschliesslich 816 964 M. (702 655) Vortrag ein Ueberschuss von 3 525 797 M. (1 462 999), woraus 14 pCt. Dividende (10 pCt.) auf die alten, 7 pCt. auf die jungen Aktien und ausserdem ein Bonus von 10 pCt. zur Ausschüttung gelangen sollen. Der Gesellschaft ist es gelungen, sämtliche Abteilungen der Werke, auch diejenigen, die während des Krieges stillgelegt waren, in Betrieb zu setzen. Ueber das laufende Geschäftsjahr bemerkt die Verwaltung, dass das Werk vollauf mit Aufträgen versorgt ist. Bemerkenswert ist aus dem Geschäftsbericht noch, dass die Gesellschaft für Erneuerungen 6 795 174 M. (1 856 660) ausgegeben hat, die schon vor Ausweisung des Bruttogewinnes in Abzug gebracht worden sind.

* **Die Panzer Akt.-Ges.** in Berlin erzielte im Jahre 1919/20 einen Fabrikationsgewinn von 2,523 Mill. M. (i. V. 1,649 Mill. M.). Nach Abzug der Handlungsunkosten von 1,797 Mill. M. (0,954) und der Abschreibungen von 0,224 Mill. M. (0,146) verbleibt ein Ueberschuss von 0,530 Mill. M. (0,601), aus dem, wie schon gemeldet, 15 pCt. Dividende (10 pCt.) auf das erhöhte Aktienkapital zur Ausschüttung gelangen sollen. In der Bilanz ist das Konto Wertpapiere mit nur 0,063 gegen 0,686 im Vorjahre ausgewiesen. Das Unternehmen hat in Wolgast eine der dortigen Fabrik benachbarte Brennerei erworben. Ueber die Aussichten des neuen Geschäftsjahres äussert sich die Verwaltung nicht.

* **Poege Elektrizitäts-Akt.-Ges.** Das Betriebsergebnis des beendeten Geschäftsjahres betrug 14 531 341 M. (i. V.: 4 505 896 M.). Nach Abzug der 10 939 887 M. betragenden Generalunkosten (2 931 925) und der Zinsen und Rückzahlungen mit 8960 M. (9410) werden 1 123 759 M. (617 716) zu Abschreibungen verwendet, und es bleibt dann ein Ueberschuss von 2 514 849 M. (1 139 357). Hieraus sollen wieder 17 pCt. wie im Vorjahr verteilt werden. Zu der von uns gemeldeten neuerlichen Kapitalerhöhung auf 46 Mill. M. ist nachzutragen: Die Vorzugsaktien sollen 6 pCt. bis höchstens 8 pCt. kumulative Vorzugsdividende erhalten, im Falle der Liquidation sollen die Aktien vor den Stammaktien mit 115 pCt. befriedigt werden, mit dem gleichen Betrag sollen die Inhaberaktien amortisiert werden können; die Namensaktien sollen für besonders wichtige Fragen mit zwölffachem Stimmrecht ausgestaltet, ihre Veräusserung soll an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden sein.

* **Die Permutit Akt.-Ges.** in Berlin erzielte im Geschäftsjahr 1919/20 einen Ueberschuss von 494 015 M. (i. V. 293 347 M.), aus dem, wie bereits gemeldet, 12 pCt. (10 pCt.) Dividende zur Ausschüttung gelangen sollen. Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, ist der Auftragsbestand für die nächsten Monate zufriedenstellend. Zur Erweiterung der Fabrikationsbasis wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Mill. M. auf 6 Mill. M. beantragt. In der Bilanz werden Schuldner mit 7 511 364 M. (3 560 031), Effekten, Beteiligungen und Kautionen mit 1 490 491 M. (329 601) und Gläubiger mit 5 781 231 M. (2 115 506) ausgewiesen.

* **Die Firma Behrens & Barmvater** in Berlin teilt uns im Anschluss an unsere Mitteilungen über „Projekte eines Konzerns skandinavischer Eiseninteressenten" mit, dass der skandinavische Eisenkonzern nicht beabsichtige, Grundstücke, in denen sich Privatwohnungen befinden, für Bureauzwecke auszubauen, sondern er habe ein Bureauhaus mit angrenzendem unbebauten Terrain gekauft und beabsichtige, durch Abreissen des alten Bureauhauses ein einheitliches grosses Verwaltungsgebäude zu errichten.

* **Neue Aktiengesellschaften.** Unter dem Namen Haucke & Kuntze Akt.-Ges. ist mit dem Sitz in Berlin und 1,5 Mill. M. Kapital eine neue Aktien-Gesellschaft gegründet worden. Von dem Kapital haben übernommen Dr. Walter Nagelschmidt 500 000 M., Dr. Walter Kahn 350 000 M., Günther Eisenmann 350 000 M., Julius Frankenstein 100 000 M., Wilh. Neumann 100 000 M. und Max Rosenberg 100 000 M. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Dr. Walter Kahn (Berlin), Direktor Ludwig Katzenellenbogen (Charlottenburg), Dr. Nagelschmidt (Wilmersdorf), Direktor Walter Gerstel (Berlin). Gegenstand des Unternehmens ist u. a. der Erwerb und Fortbetrieb der von dem Fabrikbesitzer Dr. Nagelschmidt bisher unter der Firma Haucke & Kuntze betriebenen Feinseifen- und Parfümeriefabrik. — Unter Beteiligung der Bankfirma Wagner & Co. in Leipzig wurde die Bürsten-, Knopf- und Zellulosewarenfabrik Richard Pötzschig in Altenburg mit einem Kapital von 2½ Mill. M. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. — Unter der Firma Cuxhavener Fischindustrie und Fischhandelsgesellschaft wurde in Cuxhaven eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Mill. M. gegründet.

* **Die Zündholzfabrik Aken** geht demnächst in Besitz einer schwedischen Gesellschaft über.

* **Die Stadt Dortmund** nimmt eine Anleihe in Höhe von 5 400 000 M. auf, die zu 5 pCt. verzinsbar und mit 1½ pCt. tilgbar sein soll, und zwar zum Erwerb von 3000 Vorzugsaktien von je 1200 M. Nennwert der Dortmunder Akt.-Ges. für Gasbeleuchtung zum Kurse von 150 pCt.

* **Ueber Schwedens Import von deutschen Wertpapieren** enthalten die Mitteilungen der „Skandinaviska Kreditaktiebolaget" interessante Ziffern, die sonst nicht erhältlich sind. Danach betrug der effektive Wert der aus Deutschland importierten Wertpapiere in der Zeit vom Juli 1914 bis November 1915 42 013 260 Kr., Dezember 1915 bis Dezember 1916 120 404 906 Kr., 1917 22 659 759 Kr., 1918 1 702 797 Kronen, 1919 938 485 Kr., Januar bis September 1920 1 063 934 Kr. Der Ankauf in den einzelnen Ländern betrug in der ganzen Zeitspanne (Juli 1914 bis September 1920) in Summa: in Deutschland 188 783 142 Kr., in Frankreich 135 825 446 Kr., in England 86 028 513 Kr., in anderen Ländern 72 825 899 Kr. — oder in entsprechenden Prozentziffern der Totalsumme: 39,05 pCt., 28,10 pCt., 17,79 pCt., 15,06 pCt. Deutschland marschiert also an der Spitze und war vor allem während des Kriegsjahres 1916 der Hauptlieferant. „Von Deutschland haben wir," so sagt der schwedische Bankbericht, „in Zukunft bedeutende Angebote nicht mehr zu gewärtigen; der grössere Teil unserer Obligationsschuld an Deutschland ist liquidiert, und was zurückblieb, dürfte in ziemlich festen Händen sein."

Dividenden und Abschlüsse.

Terrain-Akt.-Ges. am Flugplatz Johannisthal-Adlershof. Einnahmen 104 373 M. (734 798), Abschreibungen 42 175 M. (42 175), Ueberschuss wieder 210 000 M.

Lindi-Kilindi-Gesellschaft m. b. H. Für 1919 Ueberschuss 6786 M.

Ostafrikanische Gesellschaft „Südküste". Für 1919 Ueberschuss 1802 M.

* **Berliner Produktenverkehr.** Die amerikanischen Depeschen lauteten für Weizen sehr fest, und Mais war davon leicht mitgezogen, womit die mässige Befestigung in den Cifforderungen zusammenhing. Die Devisen waren zuerst ebenfalls etwas höher, gaben aber demnächst ihre Festigkeit wieder auf. Das Angebot der zweiten Hand ist im Markt geblieben. Nach greifbarer Ware besteht Bedarf, und das Angebot für nahe Ware ist verhältnismässig knapp. Im übrigen waren die Preise niedriger, da schon gestern abend infolge des gestrigen flauen Devisenschlusses zahlreiches Angebot den Maispreis gedrückt hatte und heute zweithändiges Material im Markt blieb. Erbsen sind in Speiseware total vernachlässigt, Futterhülsenfrüchte blieben still, aber behauptet. Für Raps zeigte sich vereinzelt einiger Bedarf und die Forderungen stellten sich eher etwas fester. Oelkuchen schwach, ebenso Mischfutter. Heu ist schwer verkäuflich, Stroh lustlos.

Nichtamtlich sind am 7. Januar im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 kg ab Station: Speiseerbsen, Victoria 200 bis 215 M., kleinere 170—175 M., Futtererbsen 150—160 M., Peluschken 142 bis 147 M., Ackerbohnen 155—158 M., Wicken 130—140 M., Lupinen, neue blaue 65—70 M., neue gelbe 75—85 M., Serradella, alte und neue 70—90 M., Raps 350 M., Rübsen 5—10 M. darunter, Leinsaat 320—330 M., Trockenschnitzel 70—75 M., Steffen-Schnitzel 110—112 M., vollwertige Zuckerschnitzel, helle 162—173 M., Rapskuchen 78—88 M., Leinkuchen 137—155 M., Torfmelasse 58—60 M., Wiesenheu, lose, gesund und trocken 33—35 M., gut, gesund und trocken 38—40 M., Stroh, drahtgepresst 21—23 M., gebündelt 20—21 M., Runkelrüben 9—10 M., Mais, lose, frei Kaiwaggon Hamburg, bahnstehend 175 M., Januar 166 M., Februar—März 163 M., Januar—März 164 M.

Frühmarkt (amtliche Ermittelungen), loko, pro 50 kg frei Wagen: gelber Platamais 183 M., Torfmelasse 64 M.

Berliner Kartoffelnotierungen. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 7. Januar folgende Preise (in Mark für 50 kg): Speisekartoffeln, weisse, rote, gelbfleischige 40—42 M.

* **Weiterer Rückgang der Häutepreise.** Bei der heutigen 38. Versteigerung der Norddeutschen Häuteverwertungsgesellschaft in Hamburg zeigte sich bei schleppender Kauflust ein weiterer Rückgang der Preise um 10 bis 15 pCt. gegen die Dezemberauktion, namentlich für schwere Ochsen-, Kuh- und Bullenhäute, während leichte Ware im Gewicht bis 29 Pfd. etwas anzogen, beziehungsweise unverändert blieben. Bayerische Häute gaben sogar bis zu 20 pCt. nach, auch Rosshäute verloren bis zu 15 pCt.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in M.)	7. Januar	6. Januar
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars	2170	2158
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,8 pCt.	1575—1600	1550—1600
Originalhüttenweichblei	590—600	590—600
Hüttenrohzink, Syndikatspreis	—	
do. Preis im privaten Verkehr	640—650	650—660
Remelted Plattenzink	450—470	470—480
Originalhüttenaluminium 98—99 pCt. i. gek. Blöckchen	3100—3200	3100—3200
do. in Walz- oder Drahtbarren	3250—3350	3250—3350
Zinn Banca Straits, Billiton	6050—6125	5950—6100
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	5850	5700
Reinnickel	4500—4550	4500—4550
Antimon-Regulus	875—900	900
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg fein	1210—1220	1200—1210

* **London,** 6. Januar. (Privat-Telegramm.) Der Börsenverkehr gestaltete sich im allgemeinen fester. Britische Staatspapiere waren behauptet, ebenso heimische und ausländische Eisenbahnwerte. Von den ausländischen Renten waren Franzosen und Chinesen lebhaft gefragt, Japaner dagegen schwächer. Südafrikanische Minenanteile lagen ruhig. Gummiwerte fest. Oelwerte waren behauptet, Königl. Niederländische Petroleumgesellschaft für Rechnung des Festlandes lebhaft gefragt. Industriewerte waren behauptet.

Der amerikanische Schatzsekretär hat zur Konsolidierung der Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten folgenden Vorschlag gemacht: Ein Teil der kurzfristigen Anleihen wird bis 1938, ein anderer Teil bis 1947 verlängert. Ab 1928 soll eine ½proz. Amortisation beginnen.

* **London,** 6. Januar. Metall-Schlussnotierungen. Kupfer per Kasse 72⅞ (Kurs v. 5.: 72½), per 3 Monate 73⅞ (73¾). Electrolytic 80—82½ (80—83). Zinn per Kasse 208½ (205¾), per 3 Monate 213¼ (210). Blei 22¾—23½ (23¼—24). Zink 25¼—26¼ (26⅜—27⅜). Quecksilber 12½ bis 12¾ (14). Gold 112/2 (114/10).

Amerikanische Telegramme.

* **New-York,** 6. Januar. Die Börse eröffnete unregelmässig. Auf günstige Brichte über die Lage in der Industrie konnte sich dann die Tendenz befestigen. Besonderes Interesse bestand für Motorenwerte, die auf günstige Geschäftsberichte lebhaft gefragt waren. Im weiteren Verlaufe des Marktes schwächte sich die Haltung auf Abgaben und infolge von Vorstössen der Kontermine ab. Gegen Schluss trat dann aber unter Führung der Standard-Eisenbahnpapiere eine allgemeine Befestigung hervor und der Markt schloss in sehr fester Haltung.

* **New-York,** 6. Januar. (Privat-Funkspruch.) Der Baumwollmarkt verkehrte anfangs fest auf anregende Kabelmeldungen aus England, Käufe für lokale Rechnung und Stützungskäufe der Hausseepartei. Vorübergehend kam es dann auf Abgaben zu einer Abschwächung. Nachmittags zogen die Preise erneut an auf Käufe der Lokofirmen im Süden. Teilweise Realisationen brachten gegen Ende eine Abschwächung, doch konnte der Markt stetig schliessen. — Der Kaffeemarkt war träge. Nach anfänglicher Abschwächung auf Abgaben der Wallstreetkreise erholte sich die Stimmung infolge von Deckungen.

* **Chicago,** 6. Januar. (Privat-Funkspruch.) Bei schwacher Stimmung stellten sich am Weizenmarkte die ersten Notierungen 1⅜ c. niedriger. Auf Abgaben der Kommissionshäuser wichen dann die Preise, doch wurde später die Stimmung unter dem Einfluss des geringen Angebots fester. Nach erneuter Abschwächung gestaltete sich der Schluss infolge der geringen Bestände sehr fest. — Nach behaupteter Eröffnung kam es am Maismarkte zu einer allgemeinen Steigerung der Preise auf umfangreiche Abschlüsse für die Ausfuhr. Auf zunehmendes Angebot trat vorübergehend eine rückläufige Preisbewegung hervor, doch schloss der Markt fest im Einklang mit der Festigkeit der Lokomärkte und der Haltung des Weizenmarktes.

KONKURSE UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

* **Berliner Konkurse.** Konkurs ist eröffnet beim Amtsgericht Berlin-Mitte über das Vermögen des Deutschen Uebersee-Syndikats G. m. b. H. in Liqu. in Berlin, Kronprinzen-Ufer 3. Verwalter Fr. Kleyboldt, Berlin W. 30, Barbarossaplatz 3. Anmeldefrist bis 9. Februar 1921. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 24. Januar. Gläubigerversammlung 26. Januar, 11 Uhr; — der Alt-Landsberger Kleinbahn Akt.-Ges in Berlin, Linkstr. 31. Verwalter O. Schmidt, Melanchthonstrasse 15. Anmeldefrist bis 25. Februar 1921. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 22. Januar. Gläubigerversammlung: 1. Februar, 11 Uhr.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. B. Neue Arbeit, soziale Versuchs-Werkstätten G. m. b. H. Charlottenburg, Kurfürstendamm 198/194. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Obering. Joachim Buchwald u. Kfm. Ernst Günther. — Wiese & Mützlitz, Fabrikations- und Verwertungsgesellschaft m. b. H. Berlin, Mauerstr. 76. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Kflte. Franz Wiede u. Max Mützlitz. — Nils Linden Export G. m. b. H. Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 4. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Nils Linden. — F. Prillwitz G. m. b. H. Berlin, Burgstr. 30. (Techn. Neuheiten.) Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Carl Bertholdt. — Schlieker & Co. G. m. b. H. Berlin, Schinkelplatz 1—4. (Gärtnerei-Unternehmungen.) Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Bankbeamter Richard Wegener. — Ost-West-Export G. m. b. H. Berlin, Burgstr. 30. Stammk.: 50 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Naum Melnik u. a. — Proarte Kunstgesellschaft m. b. H. Berlin, Leipziger Str. 26. Stammk.: 20 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Guido Bier u. a. — Vieth u. Schumann G. m. b. H. Charlottenburg, Röntgenstr. 7a. (Drucksachen.) Stammk.: 23 000 M. Geschäftsf.: Buchdruckereibesitzer Paul Vieth u. Kfm. Otto Schumann. — Motaval Handelsgesellschaft für Rohstoffverkehr m. b. H. Charlottenburg, Hardenbergstr. 12. Stammk.: 1 000 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Willy Frank. — Dr. med. J. Schöne G. m. b. H. Berlin, Wilhelmstr. 41. (Zahnärztl. u. zahntechn. Bedarf.) Stammk.: 25 000 M. Geschäftsf.: Dr. med. Joseph Schöne. — Zigarettenfabrik Sudium, Berlin, Zionskirchstr. 23. Stammk.: 200 000 M. Geschäftsf.: Kfm. Wolf Grodzewski.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schuckert & Co., Nürnberg.

Wir laden unsere Aktionäre zu einer am **Freitag, 28. Januar 1921, mittags 12 Uhr,** in unserem Geschäftslokal in **Nürnberg** stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Vorlage der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre vom 1. August 1919 bis 31. Juli 1920 und vom 1. August 1920 bis 30. September 1920.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen.
3. Beschluss über die Genehmigung der Bilanzen, die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, die Verteilung der Reingewinne.
4. Aufsichtsratswahlen.

Der Geschäftsbericht nebst den Bilanzen und den Gewinn- und Verlustrechnungen liegt vom 11. Januar 1921 ab in unserem Geschäftslokale zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Hinterlegung der Aktien gemäss § 17 des Gesellschaftsvertrages kann erfolgen:

Nürnberg: Gesellschaftskasse; Bayerische Vereinsbank; Bankhaus Anton Kohn; **München:** Bayerische Vereinsbank; Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank; **Berlin:** Commerz- und Privat-Bank A.-G.; Bank des Berliner Kassenvereins (nur für Mitglieder des Giroeffektendepots); **Hamburg:** Commerz- und Privat-Bank A.-G.; **Frankfurt a. M.:** Bankhaus J. Dreyfus & Co.; Bankhaus E. Ladenburg; **Köln a. Rh.:** A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.; **Elberfeld:** Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne; **Mannheim:** Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Zur Teilnahme ist jeder Inhaber einer Aktie, zur Ausübung des Stimmrechtes diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens am 25. Januar 1921:

a) ein Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien oder Zwischenscheine einreichen,
b) ihre Aktien oder Zwischenscheine oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank oder der Bayerischen Staatsbank hinterlegen und bis zum Schlusse der Hauptversammlung daselbst belassen.

Die Hinterlegung der Aktien oder Zwischenscheine kann auch bei einem deutschen Notar erfolgen, ist jedoch dadurch nachzuweisen, dass vor Ablauf der Hinterlegungsfrist den Anmeldestellen ein ordnungsmässiger Hinterlegungsschein des Notars eingereicht wird. Dieser Hinterlegungsschein ist nur dann ordnungsmässig, wenn darin die hinterlegten Aktien oder Zwischenscheine nach ihren Unterscheidungsmerkmalen bezeichnet sind und überdies darin bescheinigt ist, dass diese Papiere bis zum Schlusse der Hauptversammlung bei dem Notar in Verwahr bleiben.

Jeder Aktionär, welcher den vorstehenden Vorschriften genügt hat, kann sich durch einen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär zu sein braucht, auf Grund schriftlicher Vollmacht nur vertreten lassen, wenn die Vollmacht spätestens am 27. Januar 1921, nachmittags 4 Uhr, bei der Gesellschaft eingereicht ist.

Nürnberg, den 5. Januar 1921.

Der Vorstand.

Die Aktionäre der

Fabryka Papierosow Patria Tow. Akc. Ganowicz & Wiaklinski-Poznan

(Zigarettenfabrik „Patria"-Posen)

werden darauf aufmerksam gemacht, dass die genannte Gesellschaft laut Beschluss der General-Versammlung vom 2. November 1920 ihr Aktienkapital von 30 000 000.— poln. Mark auf 90 000 000.— poln. Mark, also

um 60 000 000.— poln. Mark

mit der Massgabe erhöht hat, dass die bisherigen Aktionäre auf je eine Tausendmark-Aktie 1.—5. Emission zwei neue Tausendmark-Aktien 6. Emission zum Kurse von 125 % beziehen dürfen.

Das Bezugsrecht für deutsche Aktionäre muss bei der Dresdner Bank, Berlin, unter Vorlage der alten Aktien bis zum 15. Januar 1921 ausgeübt werden. Die neuen Aktien sind vom 1. Januar 1921 dividendenberechtigt. Für Einzahlungen, welche nach dem 31. 12. 1920 geleistet werden, werden 6 % Verzugszinsen berechnet.

Bank Handlowy & Poznaniu Tow. Akc.

Nitritfabrik Aktiengesellschaft.

Die ausserordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 28. Dezember 1920 hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um M. 2 250 000.— durch Ausgabe von 2250 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000.— zu erhöhen; die neuen Aktien nehmen vom 1. April 1921 ab an der Dividende teil.

Die neuen Aktien sind von einem Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, dieselben den jetzigen Aktionären der Gesellschaft dergestalt zum Bezuge anzubieten, dass auf je M. 1000.— alte Aktien eine neue Aktie zum Kurse von 130 % bezogen werden kann.

Nachdem der Erhöhungsbeschluss und seine Durchführung in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir hiermit im Auftrage des Konsortiums die Besitzer unserer Aktien auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschlusses **bis einschliesslich den 21. Januar 1921** bei den Herren **Georg Fromberg & Co.,** oder bei Herrn **A. E. Wassermann** in Berlin, während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden auszuüben.
2. Bei der Anmeldung sind die Aktien ohne Dividendenbogen mit einem Anmeldeformular, welches bei den Bezugsstellen erhältlich ist, einzureichen. Die Aktien, auf welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt zurückgegeben. Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt provisionsfrei, sofern die alten Aktien am Schalter eingereicht werden. Falls die Geltendmachung im Wege der Korrespondenz geschieht, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Ansatz bringen.
3. Bei Geltendmachung des Bezugsrechtes sind für jede Aktie von nom. M. 1000.— M. 1300.— sowie der Schlussscheinstempel in bar zu erlegen.
4. Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt gegen Quittung bei derjenigen Stelle, bei welcher die Zahlung geleistet ist.

Berlin, den 5. Januar 1921.

Nitritfabrik Aktiengesellschaft.

Dr. Max Hamel.

Berliner Speditions- & Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vormals Bartz & Co.).

Die ausserordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 23. Dezember 1920 hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um M. 8 000 000.— durch Ausgabe von 3000 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien über je M. 1000.— zu erhöhen; die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1921 ab an der Dividende teil.

Die neuen Aktien sind von einem Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, M. 1 000 000.— den jetzigen Aktionären der Gesellschaft dergestalt zum Bezuge anzubieten, dass auf je M. 2000.— alte Aktien eine neue Aktie zum Kurse von 120 % bezogen werden kann.

Nachdem der Erhöhungsbeschluss und seine Durchführung in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir hiermit im Auftrage des Konsortiums die Besitzer unserer Aktien auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Ausschlusses **bis einschliesslich den 21. Januar 1921** in **Berlin** bei den Herren **Georg Fromberg & Co.,** oder in **Breslau** bei dem **Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank,** während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden auszuüben.
2. Bei der Anmeldung sind die Aktien ohne Dividendenbogen mit einem Anmeldeformular, welches bei den Bezugsstellen erhältlich ist, einzureichen. Die Aktien, auf welche das Bezugsrecht ausgeübt ist, werden abgestempelt zurückgegeben. Die Ausübung des Bezugsrechts erfolgt provisionsfrei, sofern die alten Aktien am Schalter eingereicht werden. Falls die Geltendmachung im Wege der Korrespondenz geschieht, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Ansatz bringen.
3. Bei Geltendmachung des Bezugsrechtes sind für jede Aktie von nom. M. 1000.— M. 1200.— sowie der Schlussscheinstempel in bar zu erlegen.
4. Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt gegen Quittung bei derjenigen Stelle, bei welcher die Zahlung geleistet ist.
5. Beträge unter M. 2000.— bleiben unberücksichtigt; jedoch sind die Bezugsstellen bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln.

Berlin, den 5. Januar 1921.

Berliner Speditions- & Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vormals Bartz & Co.).

Max Fiedler. **Meyer.**

Schwarzburgische Hypothekenbank

in **Sondershausen.**

Einladung zu der am **Sonnabend, den 29. Januar 1921,** nachmittags 3 Uhr, **in Sondershausen** im Bankgebäude, stattfindenden **ausserordentlichen Generalversammlung.**

Tagesordnung.

Beschlussfassung über die Vereinigung mit der Deutschen Grundcredit-Bank in Gotha (§ 34 des Statuts.)

Diejenigen Herren Aktionäre, welche in der ausserordentlichen Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben nach § 30 der Satzung ihre Aktien spätestens am dritten Tage vor dem Tage der ausserordentlichen Generalversammlung an der **Kasse der Gesellschaft** oder bei der **Dresdner Bank** in Berlin **oder Frankfurt a. M.** oder bei den **Herren C. Schlesinger-Trier & Co.,** Comm.-Ges. a. Aktien in **Berlin** zu hinterlegen. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die betreffende Bescheinigung, welche die Nummern der hinterlegten Aktien enthalten muss, spätestens am Tage nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaftskasse einzureichen.

Sondershausen, den 4. Januar 1921.

Der Aufsichtsrat.

Bauer, Vorsitzender.

Säcke

aus Kraftpapier und allen Arten Geweben millionenfach bewährt, fabriziert

Bielefelder Sackfabrik G. m. b. H.

(Fritz Eilers junr. Abt. Sackfabrik)

Bielefeld

Postfach 165.

Große Lagerposten neue und gebrauchte

Jute- u. Papiergewebe-Säcke

evtl. mit Ausfuhrbewilligung offeriert billigst

M. Herzig, Sack-u. Planfabrik

Lehrter Str. 18/19.

Tel. Moabit 9434.

Tel.-Adr.: Textilherzig.

Ca. 2½ Millionen **Militär-Keilstollen** mit Mk. 65 — per tausend Stück, ca. **250 Mille Eisbahnnägel** mit Mk 45 — per tausend Stück, auch in kleineren Mengen **offeriert frei Bahnhof St.-Eylau**

Conrad Ehrlichmann, Eisenhandlung.

Wäscheknöpfe

kann sehr preiswürdig größ. Quantitäten nur an Grossist., Exporteure usw. liefern.

Louis Mohrblatt, Berlin O 27.

Mühlen

für jeden Zweck liefert ab eigenem Lager

Ing. Art. Martienssen. Abt. I. Moderne Zerkleinerungsanlagen, **Berlin W. 30.**

Lüß. 9246. Schwäbischestr. 8

Größere Posten **Reinleinen**

hat preiswert abzugeb. **Erwin Kuleke, Sommerfeld,** Ffo.

2000 Markttaschen

und **Ia Segeltuch** sofort lieferbar.

Werft-Wohlfahrts-Verein, Wilhelmshaven.

---

1 Partie neue **Leder-Kummete,**

nach Größen verkäuflich, und mehrere gelbe Leder-Zaum-Zeuge sind preiswert abzugeben.

Breslauer Spritfabrik A.-G. Wandsbek.

Engl. Serge,

ca. 140 cm schw. 42 M., Musterstücke. 40 Yard Rockn., Voile, Hemdentuche, Zanella usw.

wegen Aufgabe unter Rohpreis.

Anfragen zwecklos, nur Lagerverkauf.

Albert Simon, Köln, Brückenstr. 1—3, Textilwaren-Großhand'g.

Neue u. alte Maschinen. Fratelli Grifanti, S. Paulo, Brasilien, Caixa postal 338. Tel.-Adr. „Grifanti" **übernehmen Vertretungen** u. **kaufen gebr. Maschinen.** Angeb. m. Photograph. erb.

Kreuzhacken

4000 Stck., 2,6 kg m. Stiel Friedrich Kertz, Bremen Schleifmühle 17.

Ca. 2000 Ztr. rote, krause **Schweizer Speisemöhren** u. ca. 2000 Ztr. gelbe Lobbericher Speisemöhren hat zur sofortigen Lieferung abzugeben: **Dom. Hennigsdorf, Krs. Trebnitz, Schles.**

„Deliba" G. m. b. H.

Berlin W. 8, Leipziger Str. 91

Telegr.-Adr.: Delibolium — Fernsprecher: Zentrum 490, 326

offeriert:

20 000 neue Jutesäcke H 335, 65×135
10 000 Tarpauling Papiergewebesäcke, 55×110 doppelt genäht
10 000 Jutesandsäcke, ganz dicht, 35×75
50 000 Meter Deckenbezugstoff, feinf., 82—88 cm
100 000 Meter Papiergewebe (Mull), 105 u. 120 cm

ferner:

4000 Paar Wintersocken.

Chemikalien u. Anilinfarben liefern **A. & R. de Laffolie, Hamburg 13.**

Schmierseife,

25 % Fettsäurengehalt, prima hochschäumende, braune Friedensware,

sofort greifbar abzugeben.

Eisele & Cie, Stuttgart.

SAMSON Universal-Fräsmaschinen m. Stufenscheibenantrieb,

2 Stück 210×960 mm Aufspannfl.

SAMSON Universal-Rundschleifmaschinen.

2 Stück, 610 mm Schleiflänge.

sämtliche Maschinen neu, sofort preiswert abzugeben.

Anfragen unter **J. B. 21445** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Einige 1000 Paar

Kriegsstiefel

Holzsohlen mit Lederringsbesatz, Tucheinsatz,

sofort lieferbar abzugeben.

Anfragen erbeten unter **F. M. H. 586** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

Ia Brenntorf

gut trockene, dunkle, ostfriesische Ware,

geringer Aschegehalt, hoher Heizwert, für Industrie- und Hausbrand geeignet, zurzeit wegen günstiger Wagengestellung Versandmöglichkeit nach allen Stationen. **Günstige Preise.** Eigene große Läger jederzeit zu besichtigen.

Plöger & Hentig G. m. b. H., Torfgroßhandlung — Magdeburg.

Drahtanschrift: Hentig.

Fernsprecher: 608, 619, 659, 673, 1329, 1451.

---

100 000 Flaschen,

Kronenkorkverschluß, im ganzen oder geteilt, **sofort zu verkaufen.** Angabe unt. **A. T. 392** an die **Geschäftsstelle dieses Blattes.**

Export nach Südamerika!!

Inseriert in deutschen Zeitungen Südamerikas.

Durchschlagender Erfolg!

Preise und Probenummern.

Joh. Nelder, Bln.-Schöneberg Kais.-Friedrichst 7

Ia helle vollwertige

Zuckerschnitzel

65 % Zucker, in Waggonladungen **zur sofortigen Lieferung abzugeben.**

Cohen & Bildesheim, Halle a. S.

Tel. 6821 u. 6898. — Tel. Adr. Frumentum Hallesaale.

Von einer bekannten Firma der Nahrungsmittelbranche ist beabsichtigt, die gesamte

maschinelle Einrichtung zur Herstellung von Fleischextrakt-Ersatz,

wie: eine große Anzahl Kochkessel mit Toneinsatz, Heizschlangen, mehrere große Handfilterpressen, 25 große Holzbottiche, 1 komplette Mühlanlage mit Staubfilter usw., 10 große kupferne Eindampfapparate mit Kaltwassereinspritzvakuumpumpen und dazu gehöriger Transmission, einige offene Kessel mit Doppelmantel und Rührwerk, 10 Stück Abfüllmaschinen von 1/16 bis 1 Pfd., mehrere Würfelpressen, 1 große Anzahl fast neuer Würfeleinwickelmaschinen, Vakuumschränke usw.; **außerdem die gesamte Einrichtung zur Herstellung von Kaffee-Ersatz,** wie: 5 Kugelbrenner, 1 Transportschneckenanlage, 1 komplette Mühlenanlage mit 2 Schlagkreuzmühlen, Staubfilter, Abfüllvorrichtungen,

zu äußerst günstigen Preisen zu verkaufen.

Die Gebäude sind unverkäuflich.

Ernsthafte Reflektanten erhalten näh. Auskunft u. **U. H. 3382** durch **Rudolf Mosse, Hamburg.**

Neue Eisenfässer,

verzinkt und gestrichen 200 und 300 Liter ab Lager liefert billigst; für Export mit Werksbescheinigung.

Jbea, G. m. b. H., Köln,

Schwalbengasse 6. Drahtn.: Ibeahandel.

---

60 veraltete, leicht beschädigte

Propeller aus Nußbaum- u. Mahagoniholz, zur Herstellung von Ziermöbeln geeignet, ab Berliner Lager billig abzugeben. Anfr. erb. unter **J. V. 21441** an **Rudolf Mosse, Bln. SW. 19.**

KAFFEE

billiger, extra stark, wieder da. **Norden 4386.**

Rauch, Invalidenstr. 164, **Groß-Handlung,** auch **detail.**

Dampfmaschine

mit Zylinder, ⌀ 200, 300 Hub mit Kondenser und Rohrleitung zu verkaufen. Die Maschine ist wenig benutzt u. betriebsfähig. Preis mit Zubehör M. 18 000.

Baumann & Co., Magdeburg, Kronprinzenstr. 11

Tel. 7047 u. 1787. Telegramm-Adresse: Internationale.

Fournierpressen

gebraucht, erstklassige Fabrikate

1 Stück, 300×120, Frommia Stuttgart 21 500.—
1 Stück, 220×120, Frommia Stuttgart 18 800.—
1 Stück, 200×100, A. Graf, Konstanz, Baden . . . . . 12 600.—

Die Pressen sind 1914 angeschafft und haben den Krieg über stillgelegen.

G. Hoffmann, Berlin, Wassertorstr. 37.

---

100 Tons cal. Soda, 95—96 %,

in Jutesäcken, 75/80 kg transf. Neufahrwasser, sofort billig lieferbar.

Pomm. landwirtschaftl Hauptgenossenschaft. Danzig.

---

25 Kesselwagen,

192 cbm Inhalt, neu, mit Bremse u. Bremserhaus, davon 9 Stück mit Heizschlangen, 16 Stück ohne Heizschlangen,

billigst abzugeben

evtl. auch für Export

Anfragen u. **U. O. 30779** an die Annoncen-Exped **Boucker & Kantz, Düsseldorf.**

Umstricken

von **Kopfschützern, Stutzen** und **Leibbinden** auf Lohn nimmt an

Mah, Gollnowstraße 13.

24.— Mark

das Dutzend weiße Celluloid-Dauerwäsche Stehkragen, 5 cm hoch, kein Papier, nur mittlere Weiten. Musterdtzd. geg Nachn. einschl. Porto 27.—.

Winkelmann & Co., Berlin 61, Gneisenaustr. 66.

Optische Linsen jeder Art

für Aplanate Achromate, Vergrößerungsgläser, Linsen usw in großen Mengen lieferbar

Gefl. Anfragen erbeten unter **F. W. G. 575** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

Exzenter-Presse

20 Tons Druckfähigkeit, billig zu verkaufen.

Schultz, Bhf. Strl.-Rummelsb., O. 112.

EXPORT.

5 Km. Gleis,

3×65×600×128,

200 Muldenkipper,

3/4×600×3,

preiswert ab Lager lieferbar.

Anfragen unter **J. U. 7620** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Drahtstifte,

Nieten, verz. Eimer, Holzschrauben, 60×78 und 45×78, **Ovalen, Schaufeln, vernickelte Eßlöffel** (1000 Dutzend) billig abzugeben.

A. Ahlgrimm, Berlin W. 50. Eisleb Str. 8.

Ein Posten

Stahlspindeln für Klavier- u. Bürosessel

kompl. m. Mutt. preisw. abzugeben. **Schulz u. Holdefleiß,** Berlin N., Fennstr. 13. Hansa 113, Moabit 8213.

Blechdosen,

2600 Stck., 1 Kilo, m. Pat.-Deckel, billig abzugeben. **Backow,** Augsburgerstr. 12. Noll. (797).

Gasmotor,

4 PS, Deutz, vk. **Hengelmann,** Berlin-Karow, Pankgrafenstr.

Rasierschalen

mit und ohne Einsatz, große Posten sof. lieferbar, äußerst billig abzugeben.

Lesem & Schatz, Nürnberg, Schreyerstr. 21.

Mörtelmischmaschine

mit Handbetrieb, gr. Posten Gips- u. Papp-Hülsen, Telephonzelle billig abzugeben. **Sientarski,** Marienhöhe, Schönebergerstr. 57. Südring 2363.

Mazedonischer Tabak

in großen Posten, Wiler Provenienz, ab Saloniki äußerst preiswert abzugeben. Nur schriftl. Anfragen an

Klotkau & Co., Berlin,

Belle-Alliance-Str. 92.

Vertretung Special-Maschinen.

Grosse holländische Gesellschaft m. b. H.

sucht

Verbindungen für Holland und Kolonien.

Direktor ist erste Woche im Januar in Berlin.

Briefe unt. Chiffre **NO. 3016 Leader, Plunkett & Leader,** Unter den Linden 56. **Berlin NW. 7.**

1919er Mosel-Weine

prima Qualitäten aus erster Hand

ca. 25000 Flaschen von M. 15.- bis M. 20.-,

desgleichen

ca. 25000 Flaschen Creszenzweine v. M. 20.- bis 30.-,

die **besten Lagen von Kleinheim, Erden u. Berncastel,**

bietet freibleibend an

Jakob Ketter,

Weingutsbesitzer und Weingrosshandlung,

Köln a. Rh., Teutoburger Str. 34/36 u. **Kleinheim a. d. Mosel.**

---

10 000 Paar getragene engl. Militärschnürschuhe

offeriere ich im Auftrage meiner ausländischen Geschäftsfreunde. Die Schuhe sind gut durchrepariert. Verzichtleistung der Altlederstelle vorhanden.

Odon Hugé, Grosshdlg., **Köln.**

Mein Vertreter Herr **Soergel** ist mit Mustern im Centralhotel, **Berlin.**

---

100 000 Kg. gebleichten Gußtischleim

für alle Klebezwecke, **p. Kilogr. Mk. 1,95,** franko Haus Berlin oder ab Bahnhof Tempelhof in Hartholzfässern inkl. Faß br. f. netto sofort lieferbar.

Wilhelm Knöfler, Klebstoff-Fabrik, **Berlin-Mariendorf.** Tel. Südring 584.

Kaufgesuche bewegl. Gegenstände

Bemusterte Angebote

von allen für Versandhaus geeigneten Artikeln erbittet umgehend

Kurt Goldbach, Großvertrieb von Waren aller Art, Berlin C. 54, Linienstr. 94/95.

Babi-Wecker

zu kaufen gesucht. **Wehrstedt, Hannover,** Hainhölzerstraße 38.

Klavier

oder Stutzflügel sucht **Kurfürst 5139.**

Postversandkartons,

ca. 12×8×3 gesucht. **Sims & Mauer,** Berlin SW. 68.

Gesucht eine **kompl. Einrichtung f. Fabrikation v. Isolierflaschen.** Off. mit detaillierter Angabe an **L. Paculty,** Neue Jakobstraße 18. Teleph. Moritzpl. 12248.

Kisten

kauft **Tichauer,** Kottbuser Damm 64. Moritzplatz 148 24.

Mouton,

größere Posten, kauft **Dressing,** Charlottenbg., Leibnizstr. 64.

Papiergewebe

Strohsäcke, Kopfpolster, Sandsäcke usw. kaufen in größeren Mengen **Gebr. Zimmermann, Jüchen, Rheinland.**

Zu kaufen gesucht:

Für Rumänien

Bohrrohre, evtl. auch gebrauchte, in jedweder Quantität. Offerten mit Angabe des Fabrikats, Wandstärke, innerer Durchmesser, Art der Verbindung, Gewindelänge und Gewindegänge pro Zoll erbeten.

Bohrgeräte.

Für Estland und Lettland (Rußland)

Kleinbahngeleise, aller Art Eisen, Bleche und Drähte, Bürobedarf.

Schriftliche Angebote erster Hand an:

Dulberger u. Co., G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 61. Tel. Nollendorf, Berlin.

Freie Abholung

aller Sorten

Altpapier u. Stoffabfälle

zu besten Tagespreisen. Übernahme ganzer Registraturen u. nicht mehr zu verwendender Drucksachen z. garantierten Einstampfung.

Rohprodukten-Großhandlg.

S. Baruinschek & Co.

Berlin NO, Neue Königstr. 5/6

Gegr. 1890

Fernspr.: Königstadt 108 und 1845

Stahlflaschen

zu kaufen gesucht.

Ludwig Koeppler, Berlin C. 25,

Landsberger Strasse 77.

Schrottscheere

für Altmaterial, neu oder gebraucht, sofort

zu kaufen gesucht.

Gefl. Offerten mit näherer Angabe unter **A. B. 120** an die Expedition dieses Blattes.